

NDB-Artikel

Friedrich Wilhelm III. König von Preußen, * 3.8.1770 Potsdam, † 7.6.1840 Berlin, = Charlottenburg, Mausoleum. (evangelisch)

Genealogie

V Kg. Frdr. Wilh. II. v. P. († 1797, s. NDB V);

M Frieder. Luise Prn. v. Hessen-Darmstadt;

Ov Louis Ferd. (× 1806);

◉ 1) Berlin 1793 Prn. Luise v. Meckl.-Strelitz († 1810), 2) (morganat.) Charlottenburg 1824 →Auguste (1800–73), seit 1824 Fürstin v. Liegnitz u. Gfn. v. Hohenzollern, T d. preuß. GR Ferd. Gf. v. Harrach;

5 S, 3 T aus 1), u. a. Kg. Frdr. Wilh. IV. v. P. († 1861, s. NDB V), Kaiser Wilh. I. († 1888), Karl (1801–83), preuß. GFZM, Herrenmeister d. Johanniterordens (s. Priesdorff IV, S. 468–71, P), →Albrecht (1809–72), preuß. GFM (s. ADB 45; Priesdorff V, S. 276–80, P), Charlotte (1798–1860, ◉ Zar Nikolaus I. v. Rußland, 1796–1855), Alexandrine (1803–92, ◉ Ghzg. Paul Frdr. v. Meckl.-Schwerin, 1800–42);

E (S d. Albrecht) Albrecht († 1906), Regent v. Braunschweig (s. NDB I), Frdr. Karl († 1885), GFM (s. NDB V).

Leben

F. empfing die übliche Erziehung, wurde aber als Kronprinz niemals mit selbständigen politischen oder Verwaltungsaufgaben betraut. In den Feldzügen von 1792/93 im Westen und 1794 in Polen führte er ein eigenes Kommando. Im großen und ganzen stand F. in Opposition zur Regierung seines Vaters. Nach dem Regierungsantritt war daher seine erste Maßnahme die Verhaftung der Gräfin →Lichtenau, der Mätresse des Vaters. Es wurde ihr der Prozeß gemacht; sie mußte jedoch später rehabilitiert werden. Auch die einflußreichen Berater →Friedrich Wilhelms II., →Wöllner und →Bischoffwerder, wurden entlassen.

Das war der sichtbare Bruch, den nüchterne Sittenreinheit mit der Lebensweise und schlichte Verständigkeit mit der Religionspolitik des Vorgängers vollzog. Aufgrund solcher Maßnahmen wurde der neue Herrscher mit großen Hoffnungen begrüßt. Den gewaltigen Erschütterungen, die er in seiner Regierung erlebte, war er jedoch nicht gewachsen. Er blieb ein achtenswerter, aber schwungloser Charakter ohne tiefere Bildung. Im Zeitalter der deutschen Klassiker hielt er sich an seichte Romane und als eifriger Theaterbesucher an Singspiel und Galaoper. Er neigte einem bürgerlichen Lebensstil zu und

fühlte sich am wohlsten im Kreise seiner Familie in Potsdam oder in der Abgeschiedenheit von Paretz. An seiner →Gattin hing er mit rührender Liebe. Er war besonders zu Anfang ausgesprochen schüchtern und scheute sich vor Auseinandersetzungen. Die königliche Selbstregierung suchte er eifersüchtig aufrecht zu erhalten, erkannte jedoch die Notwendigkeit von Reformen an, die durch zwei Instruktionen für eine Militär- und eine Finanzkommission eingeleitet wurden. Die bedeutendste Reform bis 1806 war die Befreiung der Domänenbauern aus der Erbuntertänigkeit und die Ablösung ihrer Dienste; der König wagte jedoch nicht, den adligen Gutsherren das gleiche anzubefehlen. Am Hauptübel, dem Kabinettsystem, wurde nichts geändert, so daß die geheimen Kabinettsräte, besonders →Beyme, mehr Einfluß als die Minister ausübten.

Die Außenpolitik war bis 1806 durch große Schwankungen gekennzeichnet. Unter Graf →Haugwitz wurde die im Basler Frieden begründete Neutralitätspolitik des Heraushaltens aus den Konflikten der Großmächte fortgeführt. Um die Verletzung der norddeutschen Neutralität zu verhindern, ließ F. 1801 Hannover besetzen, gab es jedoch nach dem Frieden von Amiens 1802 an England zurück. Im gleichen Jahre ließ er sich durch einen geheimen Vertrag mit Frankreich große Entschädigungen aus säkularisiertem Kirchenbesitz in Westfalen zusichern, so daß der Reichsdeputationshauptschluß die Erwerbungen nur zu bestätigen brauchte. Die Verwaltung dieser Gebiete wurde dem →Freiherrn vom Stein unterstellt. Im Kriege gegen Österreich ließ →Napoleon 1805 seine Truppen durch das preußische Ansbach marschieren. Unter dem Einfluß →Hardenbergs entschloß sich der König zur Mobilmachung und zum Verträge von Potsdam mit dem →Zaren, wonach sich Preußen zur bewaffneten Vermittlung, notfalls zum Kampf gegen →Napoleon verpflichtete. Nach der Dreikaiserschlacht von Austerlitz wagte →Haugwitz nicht mehr, →Napoleon seine Vermittlung aufzudrängen, sondern nahm den Vertrag von Schönbrunn an, in dem sich Preußen zur Abtretung von Ansbach an Bayern und zur Annexion von Hannover verpflichtete. Dadurch sollte sich Preußen die Feindschaft Englands zuziehen. Im Februar 1806 zwang →Napoleon →Haugwitz einen neuen Vertrag auf, nach dem das Bündnis selbst gegen Rußland gelten und Preußen seine Häfen gegen England sperren sollte. Die Folge war der Kaperkrieg Englands gegen Preußen und die Beschlagnahme aller preußischen Schiffe auf See.

Der Vertrag wurde als eine solche Demütigung empfunden, daß eine patriotische öffentliche Meinung in gefährlicher Selbstüberschätzung ohne genügende Rückendeckung zum Kriege gegen Frankreich drängte. Der König mußte →Haugwitz entlassen. Nachdem die Franzosen preußische Gebietsteile am Niederrhein besetzt hatten, entschloß sich der König ohne Vertrauen zu sich selbst und zu den Kräften seines Staates zu einem Kriege, der seine schlimmsten Befürchtungen bestätigte.

An der Doppelschlacht vom 14.10.1806 nahm der König bei Auerstedt, das heißt bei der vom →Herzog von Braunschweig befehligten Hauptarmee teil. Während sich die Armee bis auf geringe Reste auflöste und die Festungen sich kampflös ergaben, flüchtete F. über Küstrin nach Ostpreußen, entschied sich jedoch nach Kriegsrat in Osterode im Sinne der Minderheit für Weiterführung

des Krieges. Der König berief ein verantwortliches Ministerium, dem auch →Stein angehören sollte. Als dieser die Entlassung von →Beyme und die Ernennung von Hardenberg zum Außenminister verlangte, entließ ihn der König in äußerster Erregung. Nach der Niederlage von Friedland schloß Zar Alexander über den Kopf seines Verbündeten hinweg einen Waffenstillstand mit →Napoleon. Bei den Verhandlungen spielte F. eine untergeordnete, aber nicht unwürdige Rolle; die Bedingungen wurden von den beiden Großen festgelegt. Sie nahmen Preußen sämtliche Besitzungen westlich der Elbe sowie den gesamten Gewinn aus der 2. und 3. Teilung Polens; immerhin hatte der Zar dem König die Kernlande gerettet.

Obwohl F. den Geist der Reformzeit nicht begriff und ihm das ungestüme Drängen der Patrioten unheimlich war, bleibt es sein Verdienst, daß er die tiefgehende Wandlung, die sich damals in Preußen vollzog, mit seiner Autorität deckte. Der König residierte zunächst in Memel, Anfang 1808 in Königsberg und kehrte erst Anfang 1810 nach Berlin zurück. Als leitenden Minister berief er Stein, mußte ihn aber auch auf Verlangen →Napoleons entlassen. 1810 wurde Hardenberg Staatskanzler. An die Stelle der bisherigen Kabinettsregierungen traten verantwortliche Minister. Von Stein und von Hardenberg wurden die großen Reformen auf allen Gebieten der preußischen Verwaltung durchgeführt. Scharnhorst wurde Leiter der Militärreorganisation und führte einen mißtrauischen König in kleinen Schritten auf den Weg zur allgemeinen Wehrpflicht. In der Außenpolitik war F. sehr vorsichtig. Er ließ Stein fallen, als dieser ihn auf die Bahn des Volksaufstandes gegen →Napoleon drängte. 1809 ließ er Österreich allein Krieg führen, denn er blieb überzeugt, daß sich Preußen nur mit Österreich und Rußland zusammen vorwagen dürfte. Schills Tat empfand er als Meuterei. Als sich der französisch-russische Krieg von 1812 vorbereitete, verschloß sich der König den Forderungen der Patrioten ebenso wie den Bitten Hardenbergs, er solle sich Rußland anschließen. Vielmehr folgte er dem Rat →Ancillons und bestätigte den ihm aufgedrängten Vertrag vom Februar 1812, der seinen Staat an Frankreich auslieferte und ihn zur Stellung eines Hilfskorps von 20 000 Mann verpflichtete. Grollend sah er zu, wie eine große Anzahl preußischer Offiziere nach Rußland ging und wie der General York als Kommandeur des Hilfskorps nach dem Zusammenbruch der Großen Armee auf eigene Faust ein Neutralitätsabkommen mit den Russen schloß.

Auch in den Befreiungskriegen ließ er sich mehr von den Ereignissen treiben. Der patriotische Aufschwung ließ ihn kalt, aber er trat, wenn auch zögernd, an der Seite Rußlands in den Krieg. Die Armee begleitete er sowohl während des Frühjahrsfeldzuges wie während des Herbstfeldzuges 1813 und bewies gelegentlich guten militärischen Blick und im Notfalle wie bei Kulm eigene Initiative. Am 31.3.1814 zog er zusammen mit dem Zaren an der Spitze der verbündeten Truppen in Paris ein. Den Friedensschluß überließ er Hardenberg, nachdem er durchgesetzt hatte, daß die Bonapartes völlig beseitigt wurden. Gemeinsam mit dem Zaren ging er auf Einladung des Prinzregenten nach London. Am Wiener Kongreß nahm er teil, ohne besonders hervortreten; in der sächsisch-polnischen Krise schloß er sich dem russischen Standpunkt an. Nach der Rückkehr →Napoleons trat Preußen sofort wieder in den Krieg ein. Der König begnügte sich gern mit dem Gewinn an Land, den der Wiener Kongreß

und der 2. Pariser Frieden seinem Staat einbrachten (4 neue Provinzen: Rheinland mit Saargebiet, Westfalen, Sachsen, Posen). Für die weitergehenden Ideen der Patrioten und für eine Wiederherstellung des alten Reiches brachte er kein Verständnis auf. Der Heiligen Allianz trat er bei, weil er die äußere Politik seines Staates nur im Einvernehmen mit Österreich und Rußland führen wollte.

Nach dem Abschluß des Krieges setzte sich die konservative Grundhaltung des Königs wieder voll durch. Das Versprechen von 1815, eine gesamtstaatliche Verfassung einzuführen, hat er nicht gehalten, da er unter dem Einfluß des russischen Zaren und des Fürsten Metternich vor allem Sicherheit und Ruhe für seinen Staat wünschte. Die deutsche Einheitsbewegung war ihm um so unsympathischer, je revolutionärer sie auftrat. Die Männer der Befreiungskriege mußten bald vor anderen Ratgebern zurückstehen: in Heeresfragen Boyen vor dem Schwager des Königs, Herzog Karl von Mecklenburg, in der allgemeinen Politik Hardenberg vor →Ancillon und dem Fürsten Wittgenstein. Die europäischen Kongresse von Aachen 1818, Troppau 1820 und Verona 1822 besuchte er wie die anderen Monarchen der Heiligen Allianz persönlich und unterstützte die Metternichsche Politik der Intervention gegen die südeuropäische Revolutionen. Er handelte immer in engem Einvernehmen mit Rußland, das durch die Heirat der Prinzessin Charlotte mit dem Großfürsten, seit 1825 Zar Nikolaus I., und durch häufige Monarchenbesuche gefestigt wurde. In Preußen ließ er die Gesetze der Reformepoche bestehen, doch wurde die Bauernbefreiung durch eine Deklaration von 1816, die Städteordnung durch mannigfaltige Verwaltungsmaßnahmen bis zur Revision von 1831 beschränkt und auch die allgemeine Wehrpflicht (eingeführt 1814) der wachsenden Bevölkerung nicht angepaßt. Die neuen Provinzen wurden nicht ohne Reibungen in die Verwaltung des alten Staates eingefügt und die Finanzen aufgrund des Zollgesetzes von 1818 und der Steuergesetze von 1820/21 allmählich saniert. Als oberster Bischof der evangelischen Landeskirche ließ er 1817 die Union zwischen dem lutherischen und dem reformierten Bekenntnis vollziehen und 1821 eine neue Agenda einführen. Den Staatskanzler entmachtete er in der Verfassungsfrage und erließ nach dessen Tode 1823 ein Gesetz, das in allen Provinzen konservative Provinzialstände einführte. Die Demagogenverfolgungen wurden in Preußen besonders scharf durchgeführt, da der König Männern wie →Kamptz und Tschope Handlungsfreiheit gab.

Auf diese Weise wurde die Minderheit von vorwärtsdrängenden Kräften in Preußen einem Staate entfremdet, der weder die Mehrheit der Bevölkerung in den westlichen Provinzen noch die polnischen Einwohner für sich zu gewinnen vermochte. Das offenbarte der Streit mit der katholischen Kirche über die Frage der Mischehen (seit 1837), der durch die Verhaftung der Erzbischöfe von Köln und von Posen-Gnesen nur verschärft wurde. Die eigentliche Leistung dieser Epoche war der vorbildliche Ausbau der Verwaltung, die auf allen Gebieten die Initiative ergriff; in der Wirtschaft kam es 1833 zum Zollverein, der den größten Teil der außerösterreichischen Länder Deutschlands umfaßte. Die Verwaltung gab aber auch die äußeren Mittel für die Gründung der Universitäten Berlin, Breslau und Bonn sowie für künstlerische Leistungen, von denen sich Schinkels Bauten (1816-18 die Berliner Hauptwache, 1818-21 das Schauspielhaus, 1824-28 das Alte Museum) am sichtbarsten darstellten.

Auf diese Weise erwarb sich das patriarchalische Regiment des Königs in den Kernprovinzen des Staats eine gewisse Popularität. Er hinterließ ein politisches Testament von 1827, in dem er seinen Nachfolger auf das Einverständnis mit Rußland und mit Österreich verpflichtete und den Erlaß einer ständischen Gesamtverfassung an die Zustimmung aller Agnaten des königlichen Hauses band.

Werke

Reminiszenzen aus d. Campagne in Frankreich 1792, Journal meiner Brigade od. d. corps de réserve in d. Campagne am Rhein 1793, = Militärwbl., Beih. 1846;

Gedanken üb. d. Regierungskunst 1796/97, Denkschr. üb. d. preuß. Heerwesen 1797, Instruktion f. Oberstlt. v. Köckeritz 1797, in: G. Küntzel, Pol. Testamente d. Hohenzollern II, 1911;

Die Schlacht b. Auerstedt, eigene Relation, hrsg. v. P. Bailleu, in: Dt. Rdsch. 101, 1899;

Vom Leben u. Sterben d. Kgn. Luise, Aufzeichnungen Kg. F. W.s III., hrsg. v. H. O. Meisner, 1926;

Briefwechsel Kg. F. W.s III. u. d. Kgn. Luise mit Kaiser Alexander I., hrsg. v. P. Bailleu, = Publ. aus d. Preuß. Staatsarchiven 75, 1900;

P. Bailleu, Aus d. Briefen Kg. F. W. III. an s. Tochter Charlotte (1813–23), in: Hohenzollern-Jb. 18, 1914;

Briefwechsel d. Kgn. Luise mit ihrem Gemahl F. W. III. 1793–1810, hrsg. v. K. Griewank, 1929.

Literatur

ADB VII;

DW 12136 f., 12275-92, 13638a.

Portraits

Gem. v. F. Gérard, gest. v. L. Buchhorn, Abb. in: F. Neubauer, Preußens Fall u. Erhebung 1806–15, 1908;

Stich v. M. Haas, Abb. ebd.;

Bronzebüste v. Ch. Rauch, 1827 (Berlin, Nat.gal.), Abb. in: Die Gr. Deutschen im Bild, 1937;

Marmorbüste v. dems. (Adolphseck b. Fulda);

dass. v. G. Schadow (ebd., Foto Marburg).

Autor

Hans Haussherr

Empfohlene Zitierweise

, „Friedrich Wilhelm III.“, in: Neue Deutsche Biographie 5 (1961), S. 560-563
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

ADB-Artikel

Friedrich Wilhelm III., König von *Preußen*, war als ältester Sohn des Prinzen von Preußen, nachherigen Königs Friedrich Wilhelm II., und dessen zweiten Gemahlin Friederike Louise, Prinzessin von Hessen-Darmstadt, am 3. August 1770 in Potsdam geboren. Einem vom Könige Friedrich II. wenig begünstigten Hofe angehörig, vom eigenen in den Fesseln seiner Maitresse lebenden Vater fast unbeachtet, wurde der Prinz in nahezu bürgerlicher Zurückgezogenheit erzogen. Die Männer, welche Einfluß auf seine Entwicklung und Erziehung gewannen, der von Friedrich II. eigens instruirte Hofmeister Behnisch, der 1781 zum Oberhofmeister ernannte General v. Backhof, dann der Hofprediger Sack und endlich der Professor Engel förderten in dem an und für sich nicht reich begabten Prinzen weder ideale und umfassendere Anschauungen, noch ein kühnes Streben nach entsprechenden Zielen; sie hatten es nicht erreicht, sein Selbstvertrauen zu beleben und zu heben, wol aber gediehen unter ihrer Obhut seine nüchterne, jedem Scheine abholde, wohlwollende Pflichttreue, seine zuverlässige, gesund-einfache Verständigkeit, seine Wahrhaftigkeit und sein Gefühl für das Schickliche, Eigenschaften, die den späteren König hervorragend charakterisirten und auszeichneten. Mit der Thronbesteigung des Vaters wurde der Graf Brühl, Sohn des sächsischen Ministers, zum Gouverneur des nunmehrigen Kronprinzen ernannt. Den Traditionen der Dynastie entsprechend hatte er schon im 7. Lebensjahre militärische Titel erhalten; er wurde dann früh zur Erlernung des Dienstes beim 1. Bataillon Garde herangezogen und widmete sich demselben mit vorwiegendem Eifer. Zu seiner höchsten Freude hatte ihn der König am 4. November 1784 zum Lieutenant ernannt; 1790 erhielt er als Oberst das Infanterieregiment Preußen. Während der Feldzüge 1792 und 93 befand er sich in der Begleitung seines Vaters; 1793 commandirte er eine Zeit lang das Einschließungscorps vor Landau; 1794 war er in Polen Befehlshaber einer detachirten Heeresabtheilung an der Bezurra. Seine „Reminiscenzen“ aus der Campagne 1792 und das „Journal meiner Brigade in der Campagne 1793“ (veröffentlicht im Beiheft zum Militär-Wochenblatt, November 1846) zeugen von anspruchsloser Naivetät und unbefangener Beobachtungsgabe. — Am 24. December 1793 vermählte sich der Kronprinz mit der schönen und hochherzigen Prinzessin Louise von Mecklenburg-Strelitz, geboren zu Hannover am 10. März 1776. Der sittliche Ernst Friedrich Wilhelms und der Anmuthszauber seiner Gemahlin gestalteten ihre Ehe zu einer der edelsten Verbindungen, die jemals einen Thron zu schmücken bestimmt waren. — Am 16. November 1797 erfolgte der Regierungsantritt. Zwei Maßnahmen der ersten Tage charakterisiren den 27jährigen König: die Verhaftung der Maitresse des Vaters, der Gräfin Lichtenau, und eine eigenhändig niedergeschriebene Cabinetsordre vom 23. November. Die Gräfin mußte ohne Erkenntniß ihrer Haft entledigt, ja später nahezu restituirt werden, aber in den Schritten gegen sie, wie in der Ordre, welche die Staatsbehörden auf Einhaltung ihrer Pflicht verweist, sprach sich die tiefe Entrüstung aus, mit welcher den rechtschaffenen Sinn Friedrich Wilhelms die Sittenlosigkeit und die moralische Erschlaffung erfüllt hatten, denen der Hof seines Vaters zur Pflegstätte geworden war. Es fehlte denn überhaupt nicht an Anläufen zum Besseren, sowol den allseitigen Vernachlässigungen, wie

speciell dem orthodoxen Staatskirchentum der vorigen Regierung gegenüber. Menken wurde zum Cabinetsrath ernannt; Bischofswerder und Wöllner, die Oberconsistorialräthe Hermes und Hilmer wurden entlassen, das Religionsedict gerieth in Vergessenheit, die Examinationscommission verschwand, das Oberconsistorium trat in seine alten Rechte, die Oberrechnungskammer wurde mit erweiterten Befugnissen als Centralcontrolbehörde wieder eingesetzt, Restitutionen einzelner durch Cabinetsjustiz Verurtheilter fanden statt, eine Amnestie wurde erlassen, die Bauakademie gegründet, der unauskömmliche Sold der Armee wurde erhöht, ihre Uniformirung zweckmäßiger geordnet, auf eine Hebung des sittlichen Zustandes in dem Officiercorps ward hingewirkt, Garnisonschulen wurden errichtet, andauernd machte sich das Bestreben geltend, die Rechtspflege zu verbessern, die Besteuerung zu regeln und drückende Lasten der niederen Klassen zu beseitigen, die Aufhebung der Erbunterthänigkeit der Bauern zunächst in den Domänenämtern wurde vorbereitet. Die Huldigung in Berlin und in den Provinzen, sodann spätere meistens mit den Revuen der Truppen verbundene Reisen gaben die bereitwillig ergriffene Gelegenheit, nach allen Seiten Fürsorge kundzugeben und Mißständen entgegenzutreten; überall gewannen wohlmeinende Absichten und gewissenhafte Thätigkeit die Herzen der Unterthanen; sogar in den neuerworbenen polnischen Provinzen jubelte man dem Königspaare entgegen, selbst des Königs fast krankhafte Abneigung gegen öffentliche Gepränge nahm für ihn ein. Es mangelte aber an einheitlich zusammenfassenden und durchgreifenden Reformen. Die überaus complicirte Maschinerie der Staatsverwaltung blieb ungeändert, im Generaldirectorium saßen neben einzelnen hervorragenden Köpfen, wie Struensee, Schrötter und Hardenberg, eine große Zahl Männer, deren Bildung nicht über den gedankenlosesten Dienstformalismus hinausging; Ressort- und Provinzialminister verwalteten neben einander ohne genügend geordneten Zusammenhang. Bezüglich des Heeres verfügte der König durch den Generaladjutanten (zunächst Oberst Zastrow) an das Oberkriegscollegium; der bedeutende Zuwachs, welchen mit der Monarchie auch die Armee gewonnen, erschwerte Leitung und Uebersicht. Der an Wöllner's Stelle berufene Minister v. Massow wirkte fördernd sowol auf das Volksschulwesen, wie auf die höheren Lehranstalten; der König war den speculativen Wissenschaften abhold, wünschte die humanistische Richtung verfolgt zu sehen; der Presse sollte größere Freiheit gestattet werden; als aber auch der unausbleibliche Mißbrauch sich kund gab, schrak er zurück, für das Gebiet der Politik wurde der Censurzwang schärfer gehandhabt, denn je zuvor; entsprechend verfolgte ein Edict vom 20. October 1798 geheime Verbindungen mit wahrhaft drakonischen Strafandrohungen. Dabei hielt sich der König in seinem Mangel an innerer Freiheit trotz des Widerstrebens der Königin alle Berührungen fern, welche ihm nicht die selbstgewählte enge Umgebung zutrug; grundsätzlich nahm er nicht die directen Vorträge der Minister entgegen; er hörte nur die Cabinetsräthe. Wenn unter diesen Männer wie Menken (bis 1800) und Beyme das Wohl des Staats nach Kräften und mit Verständniß zu fördern verstanden, so war ihm in Lombard eine intrigante und frivole Persönlichkeit nahe geführt, welche in ungünstigster Weise einwirkte. Eine eigenthümliche Stellung, gleichsam als Gewissensrath, erhielt der General v. Köckritz; gutherzig, aber unbedeutend, war er nicht im Stande, den König über seine ängstliche Peinlichkeit hinweg zu bringen. —

Die äußere Politik leitete der Minister v. Haugwitz; ihren großen Aufgaben zeigte sich der noch unentwickelte und unentschlossene König zunächst nicht gewachsen; von Staatskünstlern ohne Charakter und Würde übel berathen, war er inmitten eines Kampfes mächtigster Gewalten gestellt; ängstlich verfolgte er enggesteckte Ziele; ohne Verständniß für die Bedeutung der Vorgänge erstrebte er Neutralität, wo nur den Mithandelnden dauernd Existenz und Berücksichtigung gesichert bleiben konnten. — In Rastatt berieth der Congreß über die Ausführung des Friedens von Campo Formio; in schrankenlosester Interessenjagd drängten sich die einzelnen Stände des Reichs unter Verleugnung jeder Zugehörigkeit zu demselben an die französischen Gesandten, welche doppelzünftig die Entfremdung zwischen Oesterreich und Preußen zu steigern und die mittleren und kleineren Stände durch die Forderungen der großen in ihr Lager zu schrecken wußten. Die Besitzergreifung des ganzen linken Rheinufer durch die französische Republik wurde thatsächlich vollzogen, Protest und Gegenforderungen der Reichsfriedensdeputation, von Oesterreich und Preußen im Stich gelassen, verhallten unbeachtet. Auf den Vorschlag Frankreichs, die Entschädigung der Deposirten durch Säcularisirung geistlicher Stände zu gewinnen, hatte Preußen im Einklang mit früheren Verträgen lebhaft zugegriffen. Oesterreich fand seine Rechnung nicht, die in einem Theile Bayerns gesuchte Vergrößerung wurde französischerseits hartnäckig versagt. Das Auftreten der französischen Diplomaten in Rastatt, neue Forderungen und Gewaltthaten der Republik verletzten nach allen Seiten. Die Werbung zur zweiten Coalition, welche von England an Oesterreich herangebracht wurde, fand Gehör. — Ein Anlauf des letzteren, sich auf diplomatischem Wege mit Preußen zu verständigen war mißglückt; es sollte der Versuch gemacht werden, den König, den man entrüstet über das Verhalten Frankreichs wußte, persönlich für die Coalition zu gewinnen. Cobenzl und Repnin erschienen an seinem Hofe; er vermochte sich jedoch nicht von der ererbten Verstimmung gegen Oesterreich loszumachen; es kam nicht zu wirklichen Verhandlungen; ein im December 1798 abgeschlossener Bundesvertrag mit Rußland blieb ohne Bedeutung. Der Krieg war schon in vollster Entwicklung, während die Gesandten in Rastatt noch tagten; erst als die französischen Minister am 28. April 1799 die Stadt verlassen hatten und vor den Thoren von österreichischen Husaren meuchlings überfallen waren, entschlossen sich auch die preußischen Gesandten zur Abreise. — Die Erfolge der Verbündeten riefen neue Anstrengungen hervor, F. W. zur Aufgabe seiner Neutralität zu bestimmen; selbst seine Rathgeber waren schließlich dem Beitritt zur Coalition geneigt; seine persönliche Unentschlossenheit blieb unüberwindlich; der günstige Moment verschwand. Die Unfälle Suworow's in der Schweiz bestimmten den Kaiser Paul, seine Heere zurückzurufen. Bonaparte, von Egypten heimgekehrt, warf sich zum ersten Consul auf; er verstand es, sich das Ohr Friedrich Wilhelms zu erschließen; die Aussicht, als Schiedsrichter eintreten zu können, machte den König willig eine Annäherung Bonaparte's und des mit Oesterreich und England grollenden Pauls zu vermitteln. Marengo und Hohenlinden zwangen das erstere, den Frieden nachzusuchen; von Rußland verlassen zeichnete es am 9. Februar 1801 in Luneville den bezüglichen Tractat für sich und das Reich; die Abtretung des linken Rheinufer und die Entschädigung der weltlichen Fürsten Deutschlands und Italiens innerhalb des Reichs wurden nun endlich definitiv zuerkannt; auf den Vorschlag Kurbrandenburgs ratificirte

der Reichstag am 7. März. — Die Berichtigung des Reichsfriedens begann mit einem Regensburger Reichsgutachten, welches auf Brandenburgs und Bayerns Vorschlag dem Kaiser die einleitenden Schritte in die Hand legte; zugleich suchten aber die einzelnen Reichsstände die Erledigung direct in Paris; F. W. hatte dorthin Luchesini und Lombard deputirt. Oesterreich lehnte das Reichsgutachten ab; zum Zweck der Bearbeitung jener Berichtigung wurde im November 1801 eine Reichsdeputation gebildet, in welcher auch Preußen vertreten war. — Mittlerweile war F. W. dem Bunde der neutralen Seemächte zur Beschützung ihres Seehandels beigetreten. Die daraus erwachsenden Weiterungen mit England führten zur Besetzung Hannovers. Der Tod Pauls verhinderte größere Verwicklungen; der Bund der nordischen Neutralität fiel auseinander, Hannover wurde Ende 1801 wieder geräumt. — Die Auflösung im Reich nahm zu; der Widerstreit Oesterreichs und Preußens zeigte sich überall. Der wirkliche Zusammentritt der Reichsdeputation hatte sich verzögert. So einigten sich denn am 11. October Bonaparte und der Kaiser Alexander von Rußland über einen gemeinsamen Eingriff in die deutsche Auseinandersetzung; der im März 1802 geschlossene Friede zwischen Frankreich und England erleichterte ihre Action. F. W., den von Luchesini und Haugwitz ertheilten Rathschlägen Gehör schenkend, trachtete nun danach, sich und sein Clientel auf Kosten der deutschen Mitstände unter der zu erstrebenden Begünstigung von Frankreich und Rußland schadlos zu halten. Als Bonaparte sein lebenslängliches Consulat schuf, richtete Haugwitz die wärmsten Glückwünsche an den französischen Gesandten; Luchesini bot in Paris alles auf, um die Ueberzeugung zu geben, daß Preußen nichts mehr erstrebe, als mit Frankreich in stetem Frieden zu leben; mit Alexander aber hatte der König einen eingehenden Briefwechsel aufgenommen, in dessen Verlauf eine persönliche Zusammenkunft beider Monarchen am 10. Juni 1802 in Memel statthatte. Am 23. Mai kam ein geheimer Vertrag mit Frankreich zu Stande, durch welchen die Entschädigungen Preußens im voraus garantirt, ihre vorläufige Besitznahme zugestanden, dagegen Frankreichs Einrichtungen in Oberitalien gutgeheißen wurden. Bayern, Württemberg, Baden, Hessen waren zu Abkommen in gleichem Sinne gelangt; Rußlands Einverständnißerklärung lag vor. — So vollständig isolirt, berief Oesterreich endlich am 2. August 1802 die Reichsdeputation zur schließlichen Berichtigung des Friedensgeschäfts. Von Frankreich und Rußland wurde ein von beiden als unverrückbar erklärter Entschädigungsplan als Ausgangsentwurf überreicht; man forderte Erledigung binnen zwei Monaten. Als Oesterreich eine zögernde Haltung annahm, schloß Luchesini mit Bayern und Frankreich am 5. September eine neue Convention ab, in welcher die Erzwingung der erhobenen Ansprüche mit Waffengewalt vorgesehen war. Nach einigem Sträuben gab Oesterreich nach. Am 23. November legte die Reichsdeputation ihren Hauptschluß vor; er kam am 25. Februar 1803 als Grundlage für die neuen Territorialverhältnisse Deutschlands zu endlicher Anerkennung; am 10. Mai löste der Kaiser die Reichsdeputation auf. — Preußen hatte für die auf dem linken Rheinufer verlorenen 48 □ Meilen gegen 240 gewonnen; die ihm befreundeten Reichsstände waren vorzugsweise begünstigt worden; dennoch hatte es in dem vollständig umgestalteten Deutschland an Ansehen und Achtung eingebüßt. In den einzelnen Landen bildete sich die absolutistische Staatsherrlichkeit nach französischem Muster und unter französischem Schutze zur Unabhängigkeit vom Reiche aus; Frankreich war im Süden und Westen Deutschlands die entscheidende Macht

geworden. Selbst im Norden war die Bedeutung Preußens gefährdet. — England hatte im Mai 1803 Frankreich abermals den Krieg erklärt, Bonaparte schritt zur Occupation Hannovers, dessen Neutralität bis dahin die von Preußen seit dem Frieden von Basel gewonnene Stellung geschützt hatte. Selbst Haugwitz drang in den König, durch eine Besetzung des Kurfürstenthums Frankreich zuzukommen; F. W. wollte unterhandeln; ein französisches Corps rückte über die Grenze, die kurfürstliche Armee capitulierte, Bonaparte war Herr des Landes. — Der König konnte sich denn doch eines lebhaften Mißtrauens gegen den ersten Consul nicht erwehren; die Königin bestärkte darin. Pläne, die auf eine Wiederbelebung des Fürstenbundes hinausgingen, beschäftigten; auch an den Anschluß an Oesterreich dachte man; ein Entschluß kam abermals nicht zur Reife. Der König sandte Lombard nach Brüssel zu Bonaparte mit einem eigenhändigen Schreiben; es sollte die Zurückziehung der französischen Truppen aus den Nordseehäfen vermitteln. Lombard wurde sehr gut aufgenommen, man ließ eine Erwerbung Hannovers für Preußen erhoffen. Von Berlin brachte man einen deutschen Neutralitätsbund zum Schutze Frankreichs gegen Osten in Vorschlag; den Entwurf dazu schrieb man dem Könige persönlich zu; von Bonaparte kamen Gegenentwürfe. Man verhandelte noch, als der Einbruch einer französischen Truppenabtheilung über die deutsche Grenze am 21. März 1804 und die Gefangennahme des Herzogs von Enghien ein Zögern hervorriefen. Russische Annäherung führte sogar zu einer gemeinsamen Erklärung gegen Frankreich. Ein neuer Druck Bonaparte's genügte, um volle Nachgiebigkeit herbeizuführen. Als sich der Consul zum Kaiser ausrufen ließ, beeilte sich F. W., die Würde anzuerkennen, unterzeichnete zugleich eine Uebereinkunft, in der er sich verpflichtete, das nördliche Deutschland allen Durchmärschen von Truppen zu verschließen; Frankreich versprach dagegen nur, die Besatzungen in Hannover nicht zu verstärken. — Der Uebergang der auswärtigen Geschäfte von Haugwitz an Hardenberg im August führte keine Aenderung der preußischen Politik herbei. Die Verhaftung des englischen Residenten Rumbold bei Hamburg erregte zwar den König; es kam aber nur zu einem eigenhändigen vertraulichen Schreiben, auf welches hin Napoleon, der bei eingetretener Spannung mit Rußland Preußen zu schonen hatte, die Freilassung befahl. F. W. war schnell begütigt, was sich als um so bedeutungsvoller erwies, als es Pitt im November gelungen war, eine Defensivallianz zwischen Oesterreich und Rußland gegen Frankreich zu Stande zu bringen. Am 11. April 1805 wurde im Concerttractate der Anschluß Englands decretirt, auch Schweden war zugetreten. Alexander hatte im Januar Winzingerode zu F. W. geschickt, um ihn für die neue Coalition zu gewinnen; es gelang nicht; der König glaubte noch vermitteln zu können. Aber auch die Anschlußanträge Napoleons, der die Gewinnung Hannovers in Aussicht stellte, lehnte er ab. Von beiden Seiten umworben, wollte er sich Unabhängigkeit bewahren. Da erfolgte überraschend die fast gebieterisch lautende Aufforderung Rußlands, seinen Truppen den Durchmarsch nach Hannover und Mähren zu gestatten. Der König unwillig und zugleich froh, durch eine von außen kommende Veranlassung sich bestimmen lassen zu können, ertheilte den Befehl, die Armee auf den Kriegsfuß zu setzen und verweigerte jedes Betreten preußischen Bodens. — Mittlerweile war Mack bis an die Iller vorgegangen; die französischen Corps marschirten von allen Seiten gegen ihn heran. Bernadotte war von Hannover aufgebrochen, rückte gen Eichstädt; ohne Anfrage und allen friedlichen Protesten der Behörden zum Trotz

passirte er am 3. October 1805 das ansbachische Gebiet. F. W., der eben gegen Rußland seine Neutralität gewahrt hatte, fühlte sich mehr als von allen früheren Gewaltschritten Napoleons gekränkt und beleidigt, sein militärisches und königliches Ehrgefühl war verletzt; in einer Note vom 14. October erklärte er sich in entschiedenster Sprache aller seiner Verpflichtungen gegen Frankreich enthoben. Am 25. traf der Kaiser Alexander in Berlin ein, ihm folgte am 30. der Erzherzog Anton; der Beitritt Preußens zur Coalition, von der Königin lebhaft betrieben, schien unmittelbar bevorstehend. — Die Nachricht von der Capitulation von Ulm versetzte den König in die düsterste Stimmung; wiederum schrak er vor dem Gewicht einer activen Rolle zurück; ihr ausweichend schloß er eine Uebereinkunft ab, wonach Preußen als bewaffneter Vermittler dem Kaiser Napoleon die Bedingungen eines allgemeinen Friedens vorlegen und, falls dieser dieselben bis zum 15. December nicht annähme, ihm den Krieg erklären wollte. Der Sarg Friedrichs II. einte am 4. Nov. 1805 Alexander und F. W. zu feierlicher Verbrüderung. — Haugwitz verließ Berlin als preußischer Bevollmächtigter am 14. November. Aus sämmtlichen Kriegstheatern waren die Oesterreicher unglücklich gewesen, Napoleon war in Wien eingezogen; die Russen unter Kutusow befanden sich mit den Resten der deutschen Armee Oesterreichs auf dem Rückzuge nach Mähren. Indessen, die französischen Heerestheile waren über weite Strecken vertheilt, eine zweite russische Armee hatte Mähren erreicht, Erzherzog Karl rückte mit 80000 Mann von Süden gegen die Donau vor. Der Moment für eine entscheidende Einwirkung Preußens war nicht ungünstig, nur mußte sie rasch und entschlossen erfolgen. — Haugwitz erreichte den Kaiser Napoleon am 28. November ohnweit Brünn; die Entgegennahme der von ihm zu überbringenden Erklärungen wurde hingehalten. Die am 2. December geschlagene Entscheidungsschlacht bei Austerlitz verschob die gesammte Situation. Der Auftrag, den Haugwitz erhalten, war hinfällig geworden; dem ihm endlich gewährten Empfange in Wien folgte am 15. December zu Schönbrunn die Unterzeichnung eines Bundesvertrags mit Frankreich, durch den gegen Abtretung von Neuschatel, Cleve und Ansbach Hannover an Preußen gelangen sollte. F. W., der alle Vorbereitungen zum Kriege gegen Frankreich getroffen hatte, zögerte mit seiner Zustimmung; als die Nachricht vom Abschluß des Friedens mit Oesterreich anlangte, wagte er nicht abzulehnen; er ratificirte den Vertrag, fügte aber Bedingungen hinzu, von denen er eine Sicherung gegen England hoffte. Haugwitz begab sich mit einem eigenhändigen Schreiben des Königs von neuem zum Kaiser; die preußische Armee wurde demobilisirt. Napoleon lehnte die Modificationen des Schönbrunner Vertrages entschieden ab, erklärte denselben für verfallen und drängte den Abgesandten zur Unterzeichnung eines ungleich ungünstiger lautenden Documents (15. Februar 1806), welches zugleich die Verpflichtung auferlegte, dem Handel und der Flagge Englands die Häfen zu schließen; die Ratificirung erfolgte am 9. März. — Die Lage Preußens war eine entsetzliche geworden. Zunächst versagte England die Zustimmung zu den Stipulationen über Hannover; es blockirte die norddeutschen Häfen und gab Kaperbriefe aus; auch Schweden legte Embargo auf alle in seinen Häfen befindlichen preußischen Schiffe; es gingen deren 1200 verloren; der am 11. Juni England erklärte Krieg war wirkungslos. Dabei überschritt Napoleons Willkür jedes Maß; den Thron Neapels bestieg sein Bruder Joseph, Murat war Herzog von Kleve und Berg, Louis Napoleon König von Holland; der Rheinbund wurde errichtet, Napoleon übernahm das Protectorat, der

Rest der alten Reichsverfassung war vernichtet, zahlreiche Mediatisirungen hatten stattgefunden, Kaiser Franz legte die deutsche Kaiserkrone nieder. Der König hatte Haugwitz wieder ins Amt gerufen, Hardenberg, auf den der Moniteur die leidenschaftlichsten Schmähungen häufte, war beurlaubt. Eine Kriegspartei erhob ihre Stimme, die Königin selbst neigte ihr zu; auf anderer Seite sah man nur Rettung in der unbedingtesten Hingabe an Frankreich. Zugleich forderte Stein, der an Struensee's Stelle ins Generaldirectorium getreten war, im Innern Reformen und ging mit Finanzoperationen vor, die von den obwaltenden Schwierigkeiten beredtes Zeugniß geben. — Fox, der englische Whig-Minister, unterhandelte mit Talleyrand über den Frieden; England forderte unbedingte Rückgabe Hannovers an seine Dynastie; die russischen Friedensverhandlungen waren zu einem vorläufigen Abschluß gelangt; Napoleon schien bereit, Preußen anderweitig zu entschädigen; er ließ dem Könige nahe legen, sich an die Spitze eines norddeutschen Bundes zu stellen; F. W. schickte Einladungen an die betreffenden Höfe. — Indessen schon waren die Verhandlungen mit England im Scheitern; in Petersburg war die Ratificirung des Friedensvertrags abgelehnt; zugleich aber berichtete Luchesini aus Paris, daß Napoleon gegen den englischen Bevollmächtigten Lord Yarmouth erklärt habe, die Rückgabe Hannovers werde keine Schwierigkeiten machen. Damit war in Berlin der Kriegspartei das Uebergewicht gegeben; die Existenz Preußens erschien zum Spielball französischer Willkür geworden; Frankreichs Herrschaft mußte hinter den Rhein zurückgeschoben werden, sollte Preußens Bestand gesichert sein. Am 9. August 1806 befahl der König die Mobilisirung der Armee; es war ein Act höchster Erregung, der dem tieferschütterten Gefühle für Ehre und Recht entsprang. Man einigte sich, wiewol unter Schwierigkeiten, mit England, dann mit Rußland; beider Mächte Einwirkung konnte erst verspätet eintreten. Oesterreich versagte jede Unterstützung; nur sächsischer Hülfe war man von vornherein gewiß. Knobelsdorf stellte in Paris die preußischen Forderungen, die französischen Truppen sollten Deutschland räumen, der Bildung des norddeutschen Bundes sollte volle Freiheit und weite Ausdehnung gewährt sein. — Die preußischen Truppencorps marschirten gegen Thüringen und Franken; Napoleon verfügte von vornherein über überlegene Massen. Am 23. September waren der König und die Königin in Naumburg eingetroffen, mit ihnen, außer der militärischen Umgebung, Haugwitz, Luchesini und Lombard; der erstere haschte noch immer nach einem Aufschub für die letzten Entschlüsse, er hoffte auf Unterhandlungen; eine Denkschrift, von Stein, den Prinzen, Phull und Rüchel unterzeichnet, hatte seine Beseitigung und die Entfernung der Cabinetsräthe erbeten: sie hatte bei F. W. nur ungnädiges Befremden hervorgerufen. Der Herzog von Braunschweig hielt das Commando der Armee in altersschwachen vielbeeinflußten Händen; Berathungen über Berathungen fanden statt. Der König ging nach Erfurt, sein Ultimatum, das am 7. October in Napoleons Hände gelangte, wurde von diesem im ersten Bulletin mit den rohesten Ausfällen gegen die Königin beantwortet. Am 9. erschien das Kriegsmanifest Friedrich Wilhelms; schon an demselben Tage wurde Tauenzien von Hof zurückgedrängt, am 10. der Prinz Louis bei Saalfeld geschlagen. Man beschloß über die Unstrut sich gegen die Elbe zu schieben; es war zu spät; am 13. hatte die Königin die Armee verlassen, schon am 14. erfolgten die französischen Angriffe; bei Jena und Auerstädt wurde an einem Tage der Feldzug entschieden; die Armee war zersprengt; die einzelnen zurückeilenden Abtheilungen wurden zur Capitulation

gezwungen, die Festungen ergaben sich ohne Widerstand. Der König war über Sondershausen nach Magdeburg gegangen; Versuche, mit dem Sieger in Verhandlung zu treten, wurden zunächst zurückgewiesen, dann in Wittenberg mit tief demüthigenden Forderungen beantwortet; Sachsen war im Begriff, sich von Preußen zu trennen. Von Küstrin aus schrieb F. W. von neuem an Napoleon; Luchesini und Zastrow wurden entsendet, um die Wittenberger Bedingungen zuzugestehen. Die jede Erwartung übertreffenden Erfolge zusammen mit dem Ausbruch insurrectioneller Bewegungen in Polen steigerten die französischen Ansprüche. Die preußischen Abgeordneten wichen dem überwältigenden Drucke; ein Waffenstillstandsinstrument wurde unterzeichnet, demzufolge die Truppen nach dem nordöstlichen Winkel des Landes zurückgezogen, alle Festungen, einschließlich derer an der Weichsel, übergeben, die Russen zur Rückkehr auf ihr Gebiet bestimmt werden sollten. Duroc kam nach Osterode, um die Ratification des Königs einzuholen. Wenn dieser aber in Graudenz, den Ansichten von Haugwitz und Schulenburg|entsprechend, selbst bis zum Eintritt in den Rheinbund zu gehen bereit war, so erstarkte jetzt im November am Uebermaß der Forderungen sein Widerstand; Voß, Stein und Beyme zustimmend, verwarf er das französische Ansinnen. Zugleich wurde Haugwitz entlassen; aber auch Stein wurde wenige Wochen später (4. Januar 1807) entfernt, sein erneutes Drängen auf Bildung eines einheitlichen Ministeriums und auf Beseitigung der Cabinetsräthe hatte den König aufs äußerste gereizt; Zastrow wurde Minister des Auswärtigen. — Napoleon bereitete von Posen aus den neuen Feldzug vor. Ein abermaliger Versuch, Oesterreich für Preußen zu gewinnen, war mißglückt; dagegen sicherte Alexander dem Könige die Unwandelbarkeit seiner Gesinnungen zu; sein Heer war im Anmarsch. — Die russischen Generale, kaum eingetroffen, gaben die Weichsellinie auf; nach den Gefechten bei Pultusk und Golynien Ende Decembers zogen sie sich aus Polen nach Preußen und vereinigten sich dort mit dem preußischen Corps unter L'Estocq. Die Schlacht bei Eilau (8. Februar) gab keine Entscheidung; indessen machte sie Napoleon zu Unterhandlungen geneigt; am 16. Februar erschien der General Bertrand in Memel bei F. W., bot Frieden unter günstigen Bedingungen und Bündniß an. Ohne Zögern wies ihn der König ab, er gab nach England, mit dem im Januar Friede geschlossen war, und nach Rußland die bündigsten Erklärungen über sein Verbleiben bei der gemeinsamen Sache; auch ein eigenhändiges Schreiben Napoleons änderte hierin nichts. — Die Belagerung Danzigs unterbrach die Operationen auf Monate. Alexander kam selbst zur Armee, F. W. empfing ihn am 1. April in Polangen. Der Kaiser erneuerte seine Freundschaftsversicherungen, aber der Bundesgenosse wie der Feind entzogen dem Lande auch die letzten Hülfsmittel. Der König hatte die Minister Zastrow, Voß und Schrötter entlassen, hatte Hardenberg die auswärtigen Angelegenheiten, das Innere und die Heeresverpflegung überwiesen. Mit der festen Haltung des Königs war das Zutrauen der anderen Mächte zu Preußen gewachsen; am 26. April wurde zu Bartenstein ein Vertrag zwischen Rußland und Preußen geschlossen, der im Wesentlichen schon damals die Principien feststellte, nach denen sechs Jahre später der Kampf gegen Frankreich seinem Ende entgegengeführt wurde; England und Schweden traten bei; Oesterreich wußte man sich geneigter. Es kam alles darauf an, wie 1805 vor der Schlacht bei Austerlitz, militärisch die Zeit zu gewinnen, deren die politische Entwicklung bedurfte, um zur Reife zu erlangen. Zu früh erfolgte am 26. Mai die Capitulation Danzigs; Napoleon überschritt die Passarge; die

Schlacht bei Friedland am 14. Juni brachte Königsberg in französische Hände, warf Bennigsen hinter die Memel zurück; die Entscheidung war gegeben. — Ein Waffenstillstand führte zur Zusammenkunft der Monarchen in Tilsit. Alexander war rasch durch Napoleon gewonnen, während der Ernst Friedrich Wilhelms den Sieger doppelt verstimmt; selbst die Dazwischenkunft der Königin änderte nichts. Von Alexander, dem ehrsüchtigen, leicht beweglichen, verlassen, mußte der König sich den demüthigendsten Friedensbedingungen unterwerfen. Alle Lande jenseits der Elbe gingen verloren, aus den mit der zweiten und dritten Theilung Polens erworbenen Provinzen, aus dem Kulmerland und Thorn wurde das neue Herzogthum Warschau gebildet, Danzig wurde eine freie Stadt, erhielt französische Besatzung, Kottbus kam an Sachsen, Bialystock an Rußland, aller Verkehr mit England sollte abgebrochen, eine überlastende Contribution gezahlt werden; den Beitritt zum Rheinbunde hatte Hardenberg, noch bevor er auf ausdrückliches Verlangen Napoleons entfernt worden war, glücklich abzuwenden gewußt. —

F. W., aufs Schwerste getroffen, blieb allem Verzagen fremd. Er hatte nach Entlassung sämmtlicher Minister einer Immediat-Commission, in der Stägemann, Beyme und Schön saßen, die Leitung der Geschäfte anvertraut. — Am 30. September traf, vom Könige gerufen, Stein in Memel ein. Es war ein Großes, daß F. W. diesen ihm durch seine „genialische“ Entschiedenheit und Selbständigkeit nahezu antipathischen Mann an die Spitze des Staatswesens stellte; aber er hatte es erkannt, daß nur eine so rücksichtslose Macht, wie sie in Stein sich personificirte, Preußen zu retten im Stande war. Am 9. October vollzog der König auf des Ministers Antrag das in der Immediat-Commission entworfene Edict „über den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigenthums“. Es bildete den Anfang jener, mit revolutionärer Kraft begonnener Reformen, welche nach und nach, wenn auch verkürzt und unvollständig gelassen, das gesammte ökonomische und sociale Leben der Nation umgestalteten, und welche dem Volke wie dem Staate zunächst die Kraft des Ausharrens, dann den Aufschwung der Erhebung auf den Geist der Selbstachtung und auf die wachgerufenen Kräfte sittlicher Freiheit begründet gaben. Man hatte mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, mit dem Widerstande des Altberechtigten und des Altpreußischen, mit den Privilegirten, welche ihre Verbündeten und Wortführer in Persönlichkeiten fanden, die, wie Zastrow und Köckritz, völlige Hingabe an die Politik Napoleons als das einzige Rettungsmittel Preußens betrachteten; man fand auch Hemmnisse an der noch immer schwankenden Systemlosigkeit des Königs. Die Staatsfinanzen waren vollständig erschüttert; die französische Occupation lastete mit der schrankenlosesten Willkür auf dem Lande; über 200000 Mann zehrten auf preußische Kosten; ein zwischen Daru und Stein geschlossenes Abkommen fand nicht die kaiserliche Bestätigung; allen Zugeständnissen folgten nur immer unbilligere Forderungen; die Räumung der Provinzen, die zum 1. October 1807 zugesagt war, verschob sich von Zeitraum zu Zeitraum; es half nichts, daß Prinz Wilhelm sich in Paris als Geisel anbot, alles wies darauf hin, daß der Friede nur den Namen eines solchen trug. Aus den abgetretenen Provinzen strömten gegen 7000 brotlos gewordene Beamte, aus der Gefangenschaft zahllose Officiere zurück, die alle vom Staate Lebensunterhalt verlangten. Forderungen, die man an Rußland und Polen zu stellen hatte, blieben unerledigt. Es waren nahezu verzweifelte Zustände und dennoch

gewannen die Reformen Boden; die Aufhebung der Erbunterthänigkeit, die neue Gestaltung der Verwaltungsbehörden, die Städteordnung wurden Keim neuen Lebens. Stein arbeitete ein Muster der Thätigkeit und Beharrlichkeit; ihn unterstützten Männer, wie Niebuhr, Vincke, Stägemann. — Der König wandte sein vorwiegendstes Interesse der Neugestaltung der Armee zu. Schon am 1. Decbr. 1806 hatte er von Ortelsburg aus sein erstes, der erschreckenden Haltungslosigkeit entgegnetretendes Publikandum erlassen; am 25. Juli 1807 bildete er die berühmte Militär-Reorganisations-Commission; unter dem Vorsitze Scharnhorst's sollte sie alle einschlagenden Fragen bearbeiten, ihre Vorschläge dem Könige unterbreiten. Daneben tagte unter den Prinzen Heinrich und Wilhelm die Immediat-Untersuchungs-Commission, sie hatte die Läuterung des Officiercorps zu vermitteln. Noch vor Ende des Jahres waren die Grundzüge der Heeresorganisation festgestellt; vom Jahre 1808 datiren die neuen Formationen. Die Annahme des Krümpersystems schaffte die Ermöglichung einer raschen Augmentirung durch ausgebildete Mannschaft; die neuen Kriegsartikel, die Verordnungen über die Militärstrafen und über die Bestrafung der Officiere stellten die Armee auf eine vollständig veränderte Grundlage sittlichen Bewußtseins; die Verwaltung innerhalb des gesammten Organismus wurde nun geregelt; die vorzüglichsten Reglements für die einzelnen Waffen entstanden; überall traten an die Stelle von Verfall und Krankheit Gedeihen und Gesundheit. — Der König war nach Abschluß des Friedens von Memel nach Königsberg gegangen. Sich und den Seinigen die größten Einschränkungen auferlegend, fand er Kraft und Freudigkeit in den innigen Beziehungen zur Königin und in dem Verkehr mit einem engen Kreise treuer persönlicher Anhänger; die schlichte Weise, mit der er Mühe und Arbeit für seine Regentenpflicht einsetzte, gewann ihm die gesteigerte Liebe seines Volks; die edle Gestalt der Königin wurde zum Gegenstande nationaler Verehrung. Und wie die Anhänglichkeit an die Dynastie sittlich erhielt und hob, so ging von Männern, wie Fichte, Schleiermacher, Arndt ein Hauch neuen geistigen Lebens aus; die Stiftung der Universität Berlin (abgeschlossen 1810) wurde zur Signatur jener Tage. — Die Erhebung Spaniens 1808 reflectirte auf die allgemeine Lage Europas; Napoleon war gezwungen, die Preußen occupirenden Truppen nach Spanien zu ziehen; auf allen Seiten lockerte sich der geübte Druck. Stein und Scharnhorst drangen auf eine gemeinsame Aktion Preußens und Oesterreichs unter Aufbietung aller nationalen Kräfte. Friedrich Wilhelms nüchterne Auffassung mißtraute der Opserwilligkeit des eigenen Volks wie der Zuverlässigkeit Oesterreichs; er rechnete auf Rußland. Alexander, auf der Reise nach Erfurt zur Zusammenkunft mit Napoleon, mahnte dringend zur Ruhe. Ein Brief Stein's an Fürst Wittgenstein gerieth in französische Hände, bot sowol Napoleon wie den preußischen Gegnern Waffen, ihn zu stürzen. Ein am 8. September in Paris geradezu aufgezwungener Vertrag bezüglich der Contributionszahlung zeugte von der ungünstigen Stimmung Napoleons und besiegelte die Abhängigkeit Preußens; die Hoffnung, Rußland werde ihn, als gegen den Friedenstractat von Tilsit verstoßend, nicht zulassen, schlug fehl; die Stärke des stehenden Heeres sollte engbeschränkt, eine Formation von Milizen in den nächsten 10 Jahren unzulässig sein; die Oderfestungen blieben andauernd occupirt. Auch Oesterreich war eingeschüchtert; die von der Bewegungspartei im Sinne einer Verbindung mit ihm betriebenen Vorbereitungen zum Krieg drohten zu compromittiren; der Vertrag vom 12. October zwischen Frankreich und Rußland ließ Preußen schutzlos; Stein's

Verabschiedung wurde unerlässlich, sie erfolgte am 24. November, wenige Tage vor der durch Napoleon ausgesprochenen Aechtung. F. W. erkor Altenstein, Beyme und Dohna zu Ministern; die Reorganisationsarbeit wurde wesentlich sistirt, doch war noch vor dem neuen Minister-Amtseintritt am 5. November ein Vertrag mit Frankreich abgeschlossen, der wenigstens die Räumung des Landes und die Rückgabe der Staatskassen und Einnahmen sicherte. —

Oesterreich hatte im April 1809 Angesichts des sich vorbereitenden französischen Anfalls zu den Waffen gegriffen. Der Eingangsfeldzug an der Donau war ihm nicht günstig gewesen, es sah Napoleon zum zweiten Male als Herrn von Wien; auch in Norddeutschland waren Insurrektionsversuche mißglückt, Schill endete in Stralsund am 31. Mai. Der Sieg von Aspern ließ wol Alles vergessen, die Patrioten hofften, der König werde sich doch noch entschließen mit Oesterreich zu gehen. F. W. war indessen Anfangs des Jahres in Petersburg gewesen, war auf's Glänzendste empfangen und unwillkürlich dem russischen Einflusse um so mehr zugänglich geworden; die Minister boten kein Gegengewicht, auch fühlte er sich mit Recht in seiner Lage zu machtlos, um selbständig zu handeln; Alexander war entschlossen bei den Verpflichtungen des Erfurter Vertrags stehen zu bleiben, seine Truppen brachen in Galizien ein. So mußten denn die Antworten auf die Anfragen Oesterreichs nur hinauschiebend lauten. Als dann der Schlacht bei Wagram der Waffenstillstand von Znaim gefolgt, die englische Expedition nach Walchern gescheitert war und Oesterreich sich im Frieden von Wien am 14. October zu den größten Landesabtretungen hatte verstehen müssen, da machte sich die erneute Steigerung des französischen Uebergewichts zunächst auch Preußen fühlbar. Die Vorgänge in Norddeutschland, der Tugendbund und die bekannt gewordenen Verhandlungen mit Oesterreich hatten|den Zorn Napoleons auf's Höchste gereizt; Jerome von Westphalen sprach ganz offen von der Vergrößerung seines Reichs bis an die Oder; ein Brief Friedrich Wilhelms, in dem er Alexander beschworen hatte, sein Bündniß mit Frankreich aufzugeben, war ohne jeden Erfolg geblieben. Er sandte jetzt Krusemark nach Paris, um zum Frieden zu gratuliren und möglichst zu besänftigen; der Abgesandte hatte die heftigsten Auslassungen Napoleons zu tragen; der Umstand, daß Altenstein mit Ausbruch des Krieges die Zahlung der Contributionen eingestellt hatte, gab den willkommenen Anlaß zu den entschiedensten Bedrohungen. — In Berlin, wohin der Hof von Königsberg endlich zurückgekehrt war, fühlte sich das Ministerium vollständig hülflos; es glaubte dem Andringen Napoleons in vollster Nachgiebigkeit nur mit einer Territorialcession begegnen zu können. F. W., in hoher Entrüstung und in seiner Empfindung durch die Königin bestärkt, berief Hardenberg. Im Juni 1810 übernahm dieser nach eingeholter kaiserlicher Zustimmung als Staatskanzler die Leitung der Geschäfte. Er begann damit die Finanzen herzustellen. Consumtions- und Luxussteuern wurden ausgeschrieben; verbunden mit Einziehung der geistlichen Güter ließen sie die Mittel gewinnen, um den Verbindlichkeiten gegen Frankreich gerecht zu werden; wirthschaftliche Erleichterungen gingen damit Hand in Hand; mit der Gewerbesteuer wurde die Gewerbefreiheit eingeführt; die Lasten des Vorspanns, des Mühlen, Brenn- und Bauzwangs, die Naturallieferungen für die Armee wurden beseitigt. Das Edict, welches die neuen Abgaben verfügte (vom 17. October 1810), verhiess eine National-Repräsentation; eine provisorische Vertretung wurde einberufen; unter ihrer Beihülfe erschienen das Gesetz über

die Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse und das sogenannte Culturedict. — Es konnte nicht ausbleiben, daß sich die lebhafteste Opposition erhob; nicht allein Vertreter des märkischen landsässigen Adels, wie Finkenstein und Marwitz, ließen ihre Stimme gegen die Abweichung von rechtlich bestehenden Zuständen und Gerechtsamen laut werden; auch ausgesprochen freisinnige Männer, wie Schön, erklärten, den Wegen des Staatskanzlers nicht folgen zu können; ein Gefühl der Unsicherheit machte sich im Lande geltend. — Der König selbst empfand dies lebhaft, es wurde ihm sehr schwer sich vom Minister Dohna, der die Verwaltungsweise Hardenberg's drückend, unzweckmäßig und frivol nannte, zu trennen, widerstrebend schickte er Finkenstein und Marwitz nach der Festung Spandau; aber es war seine feste Ueberzeugung, nur Hardenberg könne hier helfen, und er hielt ihn in seiner Stellung mit unbedingtestem Vertrauen. — Es war gerade zu jener Zeit, daß ihn der Tod der Königin auf's Tiefste niederbeugte, sie war am 19. Juli während eines Besuches, den sie dem Vater in Mecklenburg abstattete, sich rasch entwickelnder tödtlicher Krankheit erlegen; das ganze Land trauerte mit seinem Herrscher wie um sein edelstes Kleinod. — Napoleon schaltete unterdessen als brutalster Gewaltherrscher, es gab kein Recht, das er noch geachtet hätte. Da jede Zwischenmacht fehlte, so mußten sich seine Interessen endlich auch mit denen Alexanders feindlich begegnen; schon die Stipulationen des Wiener Friedens hatten zu ernstern Differenzen geführt; an einer Schärfung der Gegensätze hatte es seitdem nicht gefehlt; die Vereinigung Hollands und des norddeutschen Küstenstrichs mit Frankreich einerseits, der neue russische Zolltarif, der auch französische Waaren ausschloß resp. besteuerte andererseits, machten schon Anfangs 1811 den Krieg lediglich zu einer Frage der Zeit. Um so kritischer wurde die Lage Friedrich Wilhelms. Neutralität war für ihn unmöglich: er war andauernd bestrebt gewesen eine Einigung Rußlands und Oesterreichs zu Stande zu bringen, in einem Kampfe gemeinsam mit beiden sah er das einzige Heil Napoleon gegenüber; ihre feindselige Stimmung gegen einander beeinträchtigte alle seine Hoffnungen. Preußen war im Beginn der Erstarkung, zu früh drohte jetzt die Stunde der Entscheidung; es mußte fürchten von Napoleon gewaltsam jeder Selbstbestimmung beraubt zu werden. Die Oderfestungen, Danzig und Magdeburg waren in französischen Händen, den Franzosen tractatmäßig zugängliche Etappenstraßen durchschnittten das Land; Sachsen, das Herzogthum Warschau, Westphalen, jetzt auch Frankreich selbst bedrohten dasselbe mit voller Umschließung. Es bedurfte des ganzen diplomatischen Scharfblicks und der Geschicklichkeit Hardenbergs, wenn es zu keiner Katastrophe kommen sollte. Er ließ Ende März in Paris auf ein Bündniß zielende Anerbietungen machen, fand damit aber nur bedingten Anklang; er ging so weit, geradezu einen Vertragsentwurf vorzulegen. Zugleich wurden militärisch alle Vorkehrungen gegen einen Ueberfall getroffen; das Land war in Gouvernements getheilt, für jedes ein Generalgouverneur bestellt; befestigte Läger wurden bei Colberg und Neiße in Angriff genommen; des Königs Uebersiedelung nach Königsberg stand in Aussicht; die Stärke der Armee war auf 70000 Mann gebracht. Vertrauliche Schreiben Friedrich Wilhelms, die dringend Vorsicht und Frieden empfahlen, gingen nach Petersburg. — Frankreich war allen Allianzvorschlägen ausgewichen, es verweigerte die Rückgabe Glogaus, zu der es nach dem Stande der Contributionszahlung tractatmäßig verpflichtet gewesen wäre; an allen Grenzen concentrirten sich französische und verbündete Truppenmassen; Ende September forderte

Napoleon peremptorisch die Einstellung aller Rüstungen und die Entlassung der Krümper. Man mußte nachgeben; französische Commissare bereisten die Läger. F. W. schickte Scharnhorst in größter Heimlichkeit erst nach Petersburg, dann nach Wien; er brachte herabstimmende Nachrichten zurück; Alexander war entschlossen, dem Kriege nicht auszuweichen, er wünschte die Bundesgenossenschaft Preußens, ja setzte sie voraus, versagte aber jede Ausdehnung seiner Operationen über die russischen Grenzen; Oesterreich verlangte die Vertagung des Krieges; zugleich versprach England wol Waffen, aber weder Subsidien noch Truppenhülfe. Ende October hatte Napoleon den Abschluß eines Allianzvertrages verlangt; F. W., in vollständig klarer Anschauung der Lage, entschied in selbständiger Entschließung für denselben, die Verhandlungen begannen; Knesebeck ging mit Wissen Napoleons nach Petersburg, um zu versuchen Alexander zur Nachgiebigkeit und für den Frieden zu bestimmen; zugleich sollte er ein französisch-preußisches Bündniß rechtfertigen und trotz desselben eine dauernde Fühlung mit Rußland sichern. Die französischen Kolonnen waren in vollem Anmarsch; der Abschluß des Tractats erfolgte nach langen Zögerungen in Paris am 24. Februar; F. W. ratificirte am 5. März. Napoleon hatte erreicht was er wollte; seine frühere Hinausschiebung eines Vertragsverhältnisses hatte die Russen verhindert, im Herzogthum Warschau Position zu nehmen; seine mittlerweile vollendeten Rüstungen und Concentrirungen hatten Preußen jedes Willens beraubt; die ganze Wehrkraft desselben wurde jetzt in Fesseln gelegt, 20000 Mann sollten als Hülfs corps zu activer Verwendung gelangen; der Durchzug der ungeheuren Armee mit seiner maßlosen Belastung für das Land war zugestanden. — Napoleon begab sich zu seinem Heere. F. W. war inmitten der französischen Truppenmärsche, ja der französischen Besatzung in Berlin geblieben; die Stadt erhielt einen französischen Commandanten; Spandau und später Pillau wurden von den Franzosen besetzt. Napoleon nahm in Dresden die Begrüßung der Fürsten des Rheinbunds entgegen; auch der Kaiser Franz erschien; zuletzt traf der König ein. Napoleon behandelte ihn mit Achtung, mit dem Kaiser Franz begegnete er sich freundlich, wo er sich aber in seiner einfachen Würde dem Volke zeigte, da tönte ihm die lauteste Begrüßung entgegen. — Die preußischen Truppen waren zum Corps des linken Flügels unter Macdonald abgerückt. Man hörte wenig von den Vorgängen in Rußland; die kaiserlichen Bulletins verkündeten nur Siege. Aus Petersburg war freilich Schöler abberufen worden; er war aber später zurückgekehrt, so daß nicht alle Verbindung zwischen den beiden Höfen fehlte. In Berlin blieben andauernd die Eventualitäten in's Auge gefaßt, die ein Ausharren Rußlands und ein Wechsel des Kriegsglückes herbeiführen konnten. Die Berichte Grawert's, dann York's, ihre Klagen über französische Uebergriffe mußte der König passiv entgegennehmen, die Umstände entzogen ihm jede Bewegung. Als aber den vereinzelt Nachrichten, welche über die eingetretene Wendung der Dinge aus Rußland angelangt waren, ganz überraschend die Meldung folgte, daß Napoleon am 12. December durch Glogau nach Dresden geeilt sei, drangen die rathgebenden Persönlichkeiten in F. W., unter Anschluß an Oesterreich sofort zum Handeln überzugehen. Er zögerte, er stimmte der Wiederaufnahme der Rüstungen zu, meinte aber, es sei zunächst nur eine gemeinsam mit Oesterreich aufzunehmende bewaffnete Vermittlung anzustreben. Von Königsberg wurde gemeldet, daß Murat mit dem Rest der Garden im erschreckendsten Zustande eingerückt sei, daß die Provinz

mit Kranken und Flüchtigen überfüllt werde, daß die ersten Russen auf preußischem Boden erschienen seien. York theilte wiederholt mit, daß die russischen Generale ihn mit Anträgen, die französische Sache zu verlassen, bestürmten, er erbat sich die Entschliebung des Königs. Das Alles führte dem Anschlusse an Rußland schon näher. — Napoleon hatte verbindlich geschrieben, Krusemark war ihm ohne entschieden gefärbte Instruction nachgeschickt; Knesebeck war nach Wien abgereist. Da traf am 4. Januar 1813 die Nachricht von der Tauroggener Convention ein; sie exponirte den König wie Preußen den immerhin noch überlegen im Lande anwesenden französischen Streitkräften; sie mußte dem in Berlin genommenen Standpunkte als verfrüht erscheinen; F. W. gerieth in die heftigste Erregung, dann beschloß er die Convention thatsächlich anzuerkennen, sie aber gegen Napoleon zu verleugnen. In diesem Sinne wurde Fürst Hatzfeld nach Paris entsandt; York und Massenbach wurden ihrer Stellungen enthoben, Kleist sollte das Commando übernehmen; Natzmer ging zum Kaiser Alexander, um ihn von der Lage der Dinge in Kenntniß zu setzen. Indessen nahmen die Ereignisse ihren Lauf; York mit modificirenden Weisungen versehen, legte das Commando nicht nieder; Stein war als russischer Commissarius in Königsberg eingetroffen; auf seine Aufforderung berief Auerswald den preußischen Landtag; er trat am 5. Februar zusammen; York beanspruchte als Generalgouverneur der Provinz die Bewaffnung derselben; sie wurde in vollstem Sinne als Landwehr und Landsturm beschlossen; die Franzosen waren auf das linke Weichselufer zurückgegangen. — In Berlin nöthigten die Verhältnisse noch immer zu einem Doppelspiel, selbst dem Könige gegenüber, der ohne volle Zuversicht die Entwicklung verfolgte. Hardenberg leitete Alles, er bereitete den Bruch mit Frankreich vor, nahm die Anknüpfungen mit Rußland auf, suchte sich England zu gewinnen; über Oesterreich berichtete W. Humboldt, daß es unter der Furcht stehe, sich gegen Frankreich compromittiren zu können, daß es aber nichts gegen Preußen unternehmen werde. Am 20. Januar wurden 10 Millionen Thaler Tresorscheine mit Zwangscurs emittirt; am 22. verließ der König die Mark und begab sich nach Breslau; er war in Berlin und Potsdam persönlich gefährdet. Jetzt hatte auch Alexander die bündigsten Zusicherungen gesandt; Scharnhorst, seit dem Allianzvertrage mit Frankreich scheinbar außer Dienst, trat wieder in des Königs Rath; mit höchstem Eifer wurden die Rüstungen betrieben. Verordnungen vom 3. und 5. Februar riefen zur Errichtung freiwilliger Jägercorps, beseitigten für die Dauer des Krieges alle Exemtionen von der Kantonpflichtigkeit; die Abgesandten Ostpreußens trafen ein und berichteten das dort Geschehene; aus der gesammten Nation heraus erklang der Aufschrei der Begeisterung; Alles drängte sich zu den Fahnen; auch die letzte zurückhaltende Besorgniß des Königs war überwunden. — Knesebeck wurde zum Abschluß eines Trutz- und Schutzbündnisses in das Hauptquartier Alexanders geschickt; Napoleon hatte die den Systemwechsel vorbereitenden Forderungen unerwiedert gelassen; am 20. Februar wurde York, der vollständig rehabilitirte, angewiesen, im Verein mit den Russen gegen die Oder vorzugehen; er hatte schon vordem in diesem Sinne gehandelt. Am 28. wurde der Bundesvertrag mit Rußland in Kalisch unterzeichnet; leider war es nicht gelungen in ihn Stipulationen über die Zukunft der polnischen Lande zu bringen. Am 10. März, dem Geburtstage der Königin Louise, stiftete F. W. das eiserne Kreuz, am 15. hielt Alexander seinen Einzug in Breslau, der französische Gesandte St. Marsan reiste ab: der Aufruf „An mein Volk“ erschien

(am 17. März), die Landwehr wurde neben die Armee gestellt; York rückte in Berlin ein; der Krieg für Preußens, für Deutschlands Befreiung hatte begonnen.

—

Die Erfolge indessen, die man geglaubt hatte, schon mit dem Entschluß zur Erhebung gewinnen zu können, traten nicht sofort ein. Rußland konnte zunächst nur eine geringe Streitmacht entsenden, Oesterreich verharrete abwartend, Sachsen suchte bei Oesterreich Anlehnung, die Rheinbundstaaten blieben in ihrer Abhängigkeit von Napoleon, der die großartigste Thätigkeit entwickelte, um neue Heermassen gegen die Elbe in Marsch zu setzen. F. W. und Alexander waren am 24. April in Dresden eingetroffen; schon am 2. Mai nöthigte die Schlacht bei Großgörschen zum Rückzug; die Schlacht bei Bautzen gab keine Wendung zum Bessern; man mußte es für einen glücklichen Erfolg ansehen, daß der am 4. Juni vereinbarte Waffenstillstand vor einem Abmarsch der Russen nach Polen sicherte. — Dem Könige, der Gefahren und Mühen mit seinen Truppen getheilt hatte, war es schwer geworden sich Zuversicht zum Erfolge zu bewahren; jetzt, wo Oesterreichs Annäherung sichtliche Fortschritte machte, mit England am 14. Juni abgeschlossen wurde, die Rüstungen allseitig die erwünschten Abmessungen gewannen, trat er vertrauensvoller den Verhandlungen des Prager Congresses gegenüber; er setzte beharrlich seinen Einfluß für eine Weiterführung des Krieges ein. — Am 9. Juli begegneten sich Alexander und F. W. mit dem Kronprinzen von Schweden in Trachenberg; man einigte sich am 12. über den gemeinsamen Kriegsplan; die Theilnahme Oesterreichs war vorausgesetzt. Noch einmal ging der König nach Berlin, er vollzog dort das Edict über den Landsturm. Am 12. August übergab Oesterreich nach Abbruch der Prager Verhandlungen seine Kriegserklärung; Sachsen war ganz wieder auf Napoleons Seite getreten. — Die große Armee sammelte sich in Böhmen; F.W. traf mit den beiden Kaisern in Prag zusammen. Die Anwesenheit der drei Monarchen im Hauptquartier erzeugte mannigfach Unsicherheit, nahm Schwarzenberg die Freiheit des Entschlusses; dem Vorgreifen des leicht erregten Alexander hatte der König Nachsicht zu tragen; bei Dresden trieb er zum Angriff, den Alexander aufgeben wollte; bei Kulm führte er persönlich Truppen in's Gefecht, um Ostermann die dringend nöthige Unterstützung zu bringen; er bewahrte volle Haltung, wenn die Bundeshülfe Oesterreichs fast in Frage gestellt wurde. Mit den Siegesnachrichten von Großbeeren, Dennewitz und von der Katzbach gingen auch die Klagen Bülow's über den Kronprinzen von Schweden, York's über Blücher, Blücher's über Langeron ein; der König hatte überall mit seiner Ruhe auszugleichen. — Den Kämpfen bei Leipzig wohnte er innerhalb der südlichen Schlachtlinie bei; am 19. October gegen 1 Uhr ritt er mit dem Kaiser Alexander in die Stadt ein, begrüßt von dem Siegesruf der Truppen; er war tief ergriffen von der Größe des Moments. Nach Feststellung der nächst zu ergreifenden Maßnahmen, zu denen auch die durch F. W. persönlich in möglichster Milde geordnete Internirung des Königs von Sachsen gehörte, eilte er nach Berlin. | Napoleon war am 1. November hinter den Rhein zurückgegangen. Preußen setzte sich wieder in den Besitz der von ihm im Tilsiter Frieden abgetretenen deutschen Lande; die Rheinbundstaaten hatten Unverletzbarkeit sichernde Verträge mit Metternich abgeschlossen; in Kurhessen, Hannover, Braunschweig und andern Bestandtheilen des Königreichs Westfalen wurden die alten Staatsverbände unter Abweisung jeder Berücksichtigung der veränderten

Verhältnisse restaurirt, in den Territorien, die, wie Sachsen, der von Stein geleiteten Centralverwaltung unterstellt blieben, kostete es große Anstrengung, die für die Fortführung des Krieges nothwendigen Rüstungen durchzusetzen, Begeisterung für einen die Wiederherstellung eines deutschen Reichs versprechenden Kampf lebte nur noch bei Wenigen. F. W. war einem national-deutschen Aufschwunge, wie er ihm niemals vollständig zugeneigt gewesen, noch fremder geworden, nachdem Metternich mehr in den Vordergrund trat. Schon in dem am 9. Sept. zu Teplitz abgeschlossenen Bundesvertrage ist der Kalischer Standpunkt, der in der russischen Proclamation wiederhallte, verlassen; bei den Abmachungen mit Baiern verzichtete der König in einem eigenhändigen Briefe auf Ansbach und Baireuth; dem Vertrag von Ried, in welchem Baiern die vollste Souveränität zugesichert ward, gab er ohne Zögern seine Zustimmung. Im großen Hauptquartier, das nunmehr in Frankfurt etablirt war und zu dem sich der König am 13. November begeben hatte, galten ausschließlich die Abwägungen der alten Staatskunst; Metternich gruppirte um sich eine Schaar von Friedensfreunden; Napoleon wurden Friedensanträge gemacht. Auch F. W. waren die drängenden Vorstellungen des Blücherschen Hauptquartiers, welches schleunig Fortsetzung des Krieges und vollständige Niederwerfung Napoleons verlangte, unbequem; er prophezeite jedem Unternehmen auf Paris ein schlechtes Ende. Stein's Einfluß auf Alexander gab den Ausschlag; Napoleon hatte die ihm gemachten Anträge abgelehnt; ein Manifest der Alliirten vom 1. December proclamirte die Fortsetzung des Krieges, Bülow eroberte Holland. — Anfangs Januar 1814 überschritten die Heere den Rhein; am 22. erreichten die Monarchen Langres. Neue Bedenklichkeiten erwachsen; selbst in der unmittelbaren Umgebung des Königs eiferte Knesebeck gegen den Vormarsch. Alexander hatte Friedrich Wilhelms Zweifel noch nicht überwunden, als Napoleons Angriff erfolgte; er wurde unter des Königs Augen am 1. Febr. bei la Rothière abgewiesen; eine Ausnützung des Sieges erfolgte nicht; die Neigung zum Frieden, über den in Chatillon berathen wurde, hemmte überall. Als dann die Armee Blüchers vereinzelt niedergeworfen, als auch die große Armee bei Montereau zurückgedrückt war, gab selbst Alexander nach; der Abschluß der Verhandlungen unter Zubilligung der Grenzen von 1792 wurde genehmigt; der allgemeine Rückzug galt als beschlossene Sache. Der Einspruch des Blücher'schen Hauptquartiers gewann indessen Gehör, zuerst bei Alexander, dann bei F. W.; in die verstärkten Hände Blücher's legte dieser die Offensive, während die große Armee von Troyes noch auf Langres zurückwich; die Weigerung Napoleons, die gebotenen Friedensbedingungen anzunehmen, seine Gegenforderungen vollendeten den Rückschlag. Der am 1. März abgeschlossene Vertrag von Chaumont wurde der Ausgang für die Wiederaufnahme der Offensive auch Seitens Schwarzenberg's. Es kam zur Schlacht bei Bar sur Aube; es bedurfte aber noch der erneuten Erfolge von Laon und Arcis sur Aube, sowie der abermaligen Ablehnung des Friedensangebots von Seiten Napoleons, um Paris selbst für beide Armeen als Operationsobject bezeichnet zu sehen. Das Gefecht bei Fère la Champénoise brachte den König persönlich in Lebensgefahr; dann aber nach den Kämpfen am Montmartre zog er am 31. März mit Alexander in die feindliche Hauptstadt ein. Am 11. April verzichtete Napoleon auf den Thron; der Senat hatte bereits vorher Ludwig XVIII. als König von Frankreich anerkannt; mit dem Grafen Artois, als seinem Stellvertreter, wurde ein allgemeiner Waffenstillstand abgeschlossen; am 30. Mai folgte der Friede von Paris. Es war wesentlich

Friedrich Wilhelms Einfluß, der gegen Alexanders Wunsch die vollständige Beseitigung der Bonaparte's durchsetzte. Vieles, was ungeordnet gelassen war, sollte auf einem Congreß zu Wien festgestellt werden. — Der König blieb über zwei Monate lang in Paris; eben so anspruchslos und unscheinbar, wie er seine persönliche Ausrüstung für den Krieg im Gegensatz zu dem zahlreichen Troß der beiden Kaiser bestellt gehabt, ging, fuhr und ritt er jetzt innerhalb der ihn ehrerbietig anstauenden fremden Bevölkerung in keiner anderen Begleitung als der Alexander Humboldt's und eines Adjutanten. Neben eingehenden Besichtigungen der Stadt, ihrer Museen und Institute, neben Festlichkeiten beschäftigte ihn die neue Organisation Preußens; die drückendsten der vor dem Kriege erlassenen Finanzgesetze wurden modificirt, die Vergütung der Kriegsleistungen erhielt die erste Regelung; dann wandte er sich mit seinem Danke dem Volke, Hardenberg, dem Heere und dessen Feldherren zu. Am 6. Juni ging er mit dem Kaiser Alexander nach London; der Prinzregent und der englische Nation feierten ihre Gäste aufs glänzendste. Am 5. August war F. W. wieder in Berlin, am 7. hielt er seinen Einzug durch das mit dem Siegeswagen aufs neue geschmückte Brandenburger Thor; aller Prunk hatte vermieden, der Feier der Ausdruck des Dankes und der „Demüthigung vor Gott“ gegeben werden müssen. Anstrengende Arbeiten folgten; die Besitznahme der alten Landestheile beanspruchte zahlreiche Maßregeln; am 25. August wurde der Friede mit Dänemark abgeschlossen; am 3. Sept. erschien das Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste; es brachte die allgemeine Wehrpflicht zu durchgreifender Geltung und machte die Landwehr und den Landsturm zu bleibenden Institutionen. — Ende September ging der König nach Wien, mit ihm Hardenberg, W. Humboldt, Knesebeck. Der Congreß trat Anfangs November zusammen; Wien umschloß eine Versammlung von Fürsten und Gesandten, wie sie Europa in Jahrhunderten nicht gesehen; alle Interessen, die seit 1789 verletzt oder wachgerufen waren, hatten ihre Vertreter entsandt; der Gang der Feste wechselte mit dem Ernst der Verhandlungen; dazwischen fanden Intriguen und Staatskünsteleien ungehinderten Eintritt. — Zu den schwierigsten Fragen gehörten die Territorialentschädigungen Preußens und Rußlands; das erstere hatte Sachsen besetzt und sich factisch übergeben lassen; Rußland beanspruchte das gesammte Herzogthum Warschau, einen Erwerb, der in erster Linie auch preußische Interessen empfindlich berührte. Alexanders persönlicher Einfluß hatte den König gewonnen; zudem trieb ihn die Haltung, welche Oesterreich und England angenommen, zu Rußland hinüber; Talleyrand gelangte dem heraustretenden Gegensatze gegenüber zu unverhoffter Bedeutung; kriegerische Eventualitäten wurden erwogen; ein Kriegsbündniß zwischen Oesterreich, England und Frankreich kam am 3. Jan. 1815 zum Abschluß. Als dann die Dinge begannen sich zu gütlicher Ausgleichung zu gestalten, gab die am 7. März eingehende Nachricht von der Entweichung Napoleons von Elba in dieser Richtung die Entscheidung. Am 20. war Napoleon wieder Herr von Frankreich; schon am 13. war seine Aechtung durch die acht Vormächte des Congresses ausgesprochen; England, Rußland, Oesterreich und Preußen erneuerten am 25. auf Grund eines am 29. Juni 1814 zu London gezeichneten Vertrags ihren Bund zu seiner Niederwerfung; die kleineren Staaten traten bei; Versuche Napoleons, zu unterhandeln, wurden abgewiesen, der Krieg war zur Thatsache geworden. — F. W. hatte bereits mit Eingang der ersten Kunde von der Entweichung Napoleons die Demobilisirung der Armee einstellen lassen; in den Niederlanden concentrirte sich neben dem englisch-

niederländischen das preußische Heer unter Blücher; die Schlacht bei laBelle Alliance am 18. Juni entschied den kurzen Feldzug. — Der König hatte Wien am 26. Mai verlassen; er hatte noch von dort aus am 22. ein Edict gezeichnet, in welchem die Bildung einer Repräsentation des Volks durch Provinzialstände und Landesrepräsentanten angeordnet wurde; eine Commission sollte am 1. September zusammentreten, um eine Verfassungsurkunde auszuarbeiten. Es war dies eine präcisere Fassung schon früher dargethaner Absichten; das Edict stand in Uebereinstimmung mit den am Congresse gepflogenen Verhandlungen über die fernere Gestaltung Deutschlands und mit dem Vorgehen anderer deutscher Staaten; es entsprang endlich dem Gefühle des Königs, seinem sich bereitwillig anbietenden Volke dankende Zugeständnisse zu schulden. — F. W. erhielt die Nachricht vom Siege auf seinem Wege zur Armee; am 10. Juli traf er mit beiden Kaisern in Paris ein; schon vor ihnen war Ludwig XVIII. angelangt; Napoleon überlieferte sich den Engländern als Gefangener; die Friedensverhandlungen begannen. Die Vertreter Preußens waren mit ihrem Verlangen auf eine entschiedener Schwächung Frankreichs bald isolirt; beim Kaiser Alexander waltete die Ansicht vor, man habe nicht gegen Frankreich, sondern nur gegen Napoleon den Krieg geführt; England vermeinte, ungünstige Bedingungen würden den Bestand der bourbonischen Dynastie gefährden, Oesterreich fürchtete das wachsende Uebergewicht Preußens. F. W. war zunächst für die Bestrebungen seiner Staatsmänner eingetreten; war dann aber dem Widerstande, auf den er stieß, gewichen und hatte ausdrücklich Hardenberg aufgegeben, die Forderung französischer Gebietsabtretungen fallen zu lassen. So wurden nur unwesentliche Grenzveränderungen zu Wege gebracht; dagegen sollte Frankreich für die Dauer von 5 Jahren mit 150000 Mann (30000 Preußen) besetzt bleiben; erhebliche Contributionsgelder fielen Preußen zu. Am 20. Nov. wurde der Friede abgeschlossen; auf lange hin waren die Zustände Europas geordnet; die Allianz der vier Mächte war durch einen neuen Vertrag bekräftigt; periodisch wiederkehrende Congresse sollten ihre Einigung zu einer dauernden machen. Die Monarchen Oesterreichs, Rußlands und Preußens hatten die heilige Allianz gestiftet. — Der Wiener Congreß unterzeichnete seine Schlußacte bereits am 9. Juni; in dieselbe waren die Bestimmungen des zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen abgeschlossenen Separatvertrags vom 3. Mai aufgenommen; die Territorialfragen waren somit entschieden. Rußland gewann einen großen Theil der früheren polnischen Besitzungen Preußens, nur Posen mit dem Kulmerland und Thorn wurden zurückgegeben. Sachsen wurde getheilt, Preußen gelangte selbst mit dem ihm zufallenden Antheile dem Flächeninhalte nach nicht zu vollständiger Compensation seiner Verluste seit 1805; es blieb zerlegt in zwei große Landcomplexe; Bezirke von ganz besonderem Gewicht, wie Ostfriesland mit Lingen, waren nicht wiedergewonnen; die Verbindung mit der Nordsee blieb verloren. Auch die Acte des deutschen Bundes, welche in Wien am 8. Juni vollzogen wurde, wandte Preußen keine entsprechend ausgleichende Vortheile zu. Die Herstellung der Kaiserwürde war schon in Chaumont aufgegeben; sie war in Wien von den preußischen Staatsmännern bekämpft; Oesterreich hatte sie abgelehnt. Metternich wußte sodann eine Ueberweisung von Nord und Süd an zwei Vormächte, ferner einen dualistisch getheilten Vorsitz zu vereiteln; Würtemberg und Baiern hatte es überhaupt schwer gehalten, sowol bundesstaatliche Bestimmungen wie Beschränkungen zu Gunsten eines deutschen Gemeinwesens abzugewinnen; wenn in diesem

Sinne etwas zu Stande kam, so war dies wesentlich den kleineren Staaten zu danken. — Und trotz dem allen war Preußen doch mit erhöhter Bedeutung aus dem gewaltigen Weltkampfe hervorgegangen; sein Schwerpunkt war weit nach Deutschland hineingeschoben; es hatte gleichsam für Warschau —Aachen eingetauscht, es war zum Hüter der deutschen Westgrenze, aber zum mächtigsten Vertreter des deutschen Elements in Mitten des großen Culturherdes geworden, welchen die französische Revolution im Westen Europas zur Aufrichtung gebracht hatte. Es fragte sich jetzt, ob auch die Leitung Preußens sich der Momente bewußt werden würde, auf welche den Staat seine geographische Lage, die Nationalität und das Geistesleben seiner Angehörigen hinwies. — F. W. stand ganz neuen Aufgaben gegenüber; die letzten Jahre hatten ihm eine eigenthümliche Reife gegeben; in einer tief innerlichen, unter dem Einfluß des Königsberger Bischofs Borowski geläuterten, äußerlich wenig hervortretenden Religiosität fand er bewährte Sicherheit; jeder Ueberhebung fremd, in allen seinen Beziehungen wahr und maßvoll, folgte er einem lebendig ihm innewohnenden, sich zart und großherzig bethätigenden Wohlwollen, dem Antriebe eines nie ermüdenden Pflichtgefühls und einem gesund angelegten, durch Erfahrung und geordnetes Denken wohl gestützten Urtheile. Mit Schnelligkeit im Auffassen, Schärfe bei Vergleichen, verband er ein untrügliches Gedächtniß. Wenn ihm aber die Fähigkeit fehlte, mit kühnem Muthe die Schranken eines nicht weit bemessenen Gesichtskreises zu überschreiten, wenn er überhaupt nicht reich an Initiative, vorherrschend dem ihm unmittelbar nahe geführten Getriebe zugewandt war, wenn er ruhebedürftig die Bewegung haßte und wenn er endlich in seiner Treue den Genossen des großen Befreiungskampfes und der heiligen Allianz rückhaltloser geneigt blieb, als diese willig waren, ihr einseitiges Interesse demjenigen Preußens anzupassen, so war das freilich nicht geeignet, die Entwicklung Preußens und Deutschlands rasch und umfassend zu fördern — nie darf aber die Bedeutung verkannt werden, welche der streng-sittliche, humanmilde Ernst des Herrschers für die Nation in einer Zeit gewann, die nach den erschütterndsten Ereignissen zuvörderst materiell und geistig der Sammlung, Zusammenfassung und der Erhebung bedurfte. — Die Gesetzgebung für das neue Preußen forderte eine ungewöhnliche Thätigkeit; eine Verordnung vom 30. April 1815 über die verbesserte Einrichtung der Behörden hatte das Land in 10 Provinzen resp. 25 Regierungsbezirke eingetheilt; sie hatte im Allgemeinen die Grenzen für den Geschäftsbetrieb der einzelnen Behörden gezogen; Ende des Jahres war die Einrichtung der Ministerien, waren die Personalien für sie und die Provinzialregierungen geordnet; ein Edict vom 21. Juni hatte die Verhältnisse der vormals unmittelbaren deutschen Reichsfürsten geregelt; am 5. Dec. erfolgte die Eintheilung der Armee in 9 Armeecorps; die Landwehrordnung erschien. Damit waren aber nur die Conturen skizzirt, in welche die Ausgleichung der in den neuen Provinzen übernommenen Zustände hineinwachsen mußte; die Herrschaft Frankreichs auf dem linken Rheinufer, die Regierungen der nach seinem Muster verwalteten Staaten (Großherzogthum Berg, Königreich Westfalen, Herzogthum Warschau) hatten der Gesetzgebung, der Rechtspflege, der Besteuerung Gestaltungen gegeben, die man genöthigt war, hier als bleibende anzuerkennen, dort nur mit großer Schonung in die preußischen Normen überzuführen. Auch diese waren noch nicht abgeschlossen, es bedurfte für eine größere Zahl der Gesetze aus den J. 1810 und 11 der Ausführungsbestimmungen. Der Umstand, daß dem

protestantischen Staate eine große Zahl Katholiken zugewachsen war, fiel schwer ins Gewicht. Mancher Widerstand that sich auf; die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gab nicht allein in den neuen Provinzen Anlaß zur Unzufriedenheit; selbst in Berlin, als einer vormals eximirten Stadt, protestirten die Stadtverordneten, in Schlesien kam es bei Controlversammlungen zu Ruhestörungen. Die Steuern und Taxen, die preußische Gerichtsverfassung mit ihrem Sportelwesen wurden drückend empfunden; Theuerung und Geschäftsstockung, die namentlich 1816 die Rheinlande heimsuchten, ließen für manche Klage den vermeintlichen Grund in der neuen Staatsangehörigkeit suchen. |Dazu wurde die Nachwirkung der gewaltigen Erregung, die durch das Volk hindurchgegangen und in dem gewonnenen Staatsleben noch kein beruhigendes Genügen fand, wie sie sich zuletzt in der Presse und an den Hochschulen kundthat, von allen denen beunruhigend empfunden, welche die Anfänge für all das überwundene Leid ausschließlich in der Revolution zu finden glaubten. — Das J. 1817 schien in verschiedenen Richtungen Bahn brechend werden zu sollen. Am 20. März befahl F. W. die Einführung des seit 1808 wiederholt in Aussicht gestellten Staatsraths; am 30. wurde er eröffnet, ein buntes Gemisch von Namen war berufen; sofort sollten zwei Commissionen zusammentreten, von denen die eine Vorschläge für die Provinzialstände, die Landesrepräsentation und die Verfassung, die andere eine neue Steuerverfassung zu bearbeiten hätten. Klewitz, Altenstein und Beyme wurden in die Provinzen gesandt, um Nachrichten über die etwa noch vorhandenen Reste ständischer Vertretungen zu sammeln. Andererseits wurde im Juni die Generalcommission zum Zwecke der überaus drängenden Regelung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse gebildet; im October folgten eingehende Instructionen für die Oberpräsidenten, die Regierungen, Consistorien; endlich erschienen im November Verordnungen, welche die Ressortverhältnisse der Ministerien, die Generalcontrole der Finanzen und die Verhältnisse der Bank ordneten. Sodann wurden die ersten Lebenszeichen des deutschen Bundes bemerkbar; der Bundestag war am 5. November 1816 zusammengetreten. Leider gelang es nicht, was früher auf Vertragswege gescheitert, jetzt durch die Geschäftsordnung nachzuholen; Oesterreich blieb der ausschließliche Vorsitz; von vornherein war der Einfluß Metternichs ohne genügendes Gegengewicht. —

Ganz besonders beschäftigte den König um diese Zeit die Säcularfeier der Reformation. Schon in einer Cabinetsordre vom 18. Juli 1798 hatte er darauf hingewiesen, die beiden Confessionen der protestantischen Kirche müßten durch eine gemeinschaftliche Agende einander näher gebracht werden; später hatten ihn nur die Zeitverhältnisse gezwungen, seine Unionspläne zurückzuhalten; mit Eintritt des Friedens nahm er sie in dem Gefühle wieder auf, nunmehr der Schutzherr der evangelischen Kirche Deutschlands geworden zu sein. Zunächst ward eine gleiche Amtstracht für die Geistlichen beider Confessionen vorgeschrieben, dann 1816 eine der gemeinsamen Anschauung Ausdruck gebende Liturgie für die Berliner und Potsdamer Garnisonkirchen eingeführt; jetzt am 27. Sept. 1817 rief der König dazu auf, das Reformationsjubelfest dadurch zu feiern, daß man sich zu einer einigen evangelischen Kirche zusammenthue. Eine größere Anzahl von Gemeinden erklärte den Beitritt zur Union, doch wurden von vornherein sehr verschiedene Auffassungen derselben laut. Der König ließ

sich nicht beirren. „Zur Berathung über die Verbesserung des evangelischen Kirchenwesens“ wurde eine Commission niedergesetzt; ein besonderer Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten wurde ernannt (Altenstein). Die Vorschläge der Commission empfahlen eine Synodalverfassung; die Vorbereitungen zu ihrer Durchführung begannen. Indessen erhoben sich im Ministerium selbst Schwierigkeiten: die bereits erwählten Presbyterien gingen allmählich wieder ein; der Versuch, die evangelische Kirchenverfassung für die ganze Monarchie zu entwickeln, brach ab; nur in der Rheinprovinz und Westfalen gelangte man nach langen Verhandlungen 1835 zu einer Gedeihen gebenden Kirchenordnung. — Auf dem Boden einer gemeinsamen Agende gelangte die Union nicht zu der vom Könige gewünschten Vollendung. Schleiermacher's herbe Kritik der Liturgie von 1816 hatte F. W. zu eingehenden Selbststudien getrieben; eine neubearbeitete Liturgie und eine Agende, wesentlich von ihm selbst entworfen, wurden den Geistlichen zur Begutachtung übersandt; nur etwa der 16. Theil erklärte sich unbedingt für dieselben. Provinzialcommissionen wurden gebildet, welche, den Grundtypus der Agende beibehaltend, verschiedene Formulare entwarfen. Auch gegen ihre Annahme erhob sich lebhafter Widerstand; Altenstein wollte mit Strenge vorgehen; der König verwarf alles, was nach Gewalt aussah. Neue liturgische Commissionen traten zusammen (1828); die Formulare wurden noch mannigfaltiger; die Zahl der protestirenden Geistlichen minderte sich. Nur in Schlesien und Pommern verharrten etliche lutherische Gemeinden bei ihrem Widerspruch. Der König aufs äußerste gereizt, ließ ihnen die Kirchen nehmen; die Geistlichen verfielen Jahre langer Haft; man schritt mit Waffengewalt gegen die sich Auflehrenden ein; viele wanderten aus. — Als F. W. somit weder auf dem einen, noch auf dem anderen Gebiete mit seinen ursprünglichen Absichten durchgedrungen war, erließ er am 28. Febr. 1834 eine Ordre, die freilich die Einführung der Agende auch für alle nicht unirte Kirchen befahl, den Gegnern der Union verbot, sich als besondere Religionsgemeinschaft zu constituiren, zugleich aber die Consensus-Union von 1817 aufgab und die Autorität der Bekenntnißschriften beider Confessionen neben einander anerkannte. Die Bekenntniß-Union war zu einer Cultus-Union geworden. —

Die hier zusammengefaßt dargelegte Entwicklung umschloß unabhängig von der übrigen Staatsverwaltung ein Gebiet, auf welchem der König fast ausschließlich eigenen Impulsen folgte. Im übrigen machten sich ihm gegenüber mit den Fortschritten der Neugestaltung des Staats Einflüsse fühlbar, die dem alternden Hardenberg die regelmäßige Leitung der Geschäfte zu entwinden wußten. Wittgenstein und Schuckmann, Bülow und Lottum, Herzog Karl von Mecklenburg, Tauenzien und Ancillon benutzten die Abneigung Friedrich Wilhelms gegen jede Bethätigung regeren politischen Lebens in der Nation, seine Besorgniß vor der Revolution, um die Entwicklung der Gesetzgebung im Sinne des früher eingeschlagenen Weges zum Stillstand zu bringen; Ausschreitungen, wie das Wartburgfest am 18. Oct. 1817 arbeiteten ihnen in die Hände. Die Schmalz'schen Blätter hatten den König außergewöhnlich erregt; selbst das Institut der Landwehr wurde verdächtigt und es bedurfte des ganzen Einflusses des trefflichen Generaladjutanten v. Witzleben, um einer wesentlichen Beeinträchtigung desselben entgegenzuwirken. Unter dem Widerstreit der Gegensätze nahmen die allgemeinen Zustände nicht den gewünschten gedeihlichen Aufschwung;

und das um so weniger, als sich gerade jetzt die Unfähigkeit Bülow's, des Finanzministers, darthat; auf W. Humboldt's Vortrag im Staatsrath wurden Finanzbericht und Steuergesetzentwurf verworfen; Bülow trat zurück, Klewitz wurde sein Nachfolger. Mit dem Wechsel war auf dem einen Gebiete wol Förderung geschaffen, im übrigen schritt die Reaction um so mehr voran, als auch die auswärtige Politik ihr zudrängte. —

F. W. hatte 1817 seine erste Reise in die neuerworbenen westlichen Provinzen gemacht, er war von dort über Paris zur Occupationsarmee gegangen. Im Jahre darauf folgte er einer Einladung Alexanders nach Petersburg; im Glanze des Erfolges sah er die Residenz des Allirten wieder. Beide Monarchen trafen sich dann auf dem Congresse zu Aachen, zu dem sich auch der Kaiser Franz einfand. Am 9. Oct. 1818 wurde, nachdem Frankreich seinen Verbindlichkeiten entsprechend gerecht worden, die Zurückziehung der Occupationsarmee beschlossen; der französische Gesandte erhielt die Einladung zum Miteintritt in die Congreßverhandlungen. Vor allem beschäftigte eine Verbalnote des conservativ bekehrten Alexanders, welche die fünf großen Mächte zu gemeinsamer Verbürgung des Besitzstandes und der Legitimität der hergestellten Regierungen veranlassen sollte; England widerstrebte; es kam jedoch zu einer „Declaration“, die den gemeinsamen Gesinnungen des Friedens und der Einigkeit Ausdruck gab; die Thätigkeit der internationalen Reaction hatte ihren ersten Schritt gethan. Metternich hatte aufs emsigste Hardenberg zu beeinflussen gesucht; F. W. war ganz gewonnen. Des Königs Autoritätsgefühl hatte es verletzt, daß Petitionen und Vorstellungen an die Verwirklichung einer Verfassung und an den § 13 der Bundesacte, als auch für Preußen maßgebend gemahnt hatten; die Stourdza'sche Denkschrift stellte ihm die Zustände im schwärzesten Lichte dar; die immer lebhafter werdenden Aeußerungen der Presse, die Ermordung Kotzebue's und das Löning'sche Attentat ließen ihm den Bestand der staatlichen Ordnung entschieden bedroht erscheinen; die sich kundgebende Unreife des Volks bestärkte ihn darin. Zwar hatte sich Hardenberg noch am 5. Febr. 1818 beim Bundestage für die Einführung ständischer Verfassungen ausgesprochen, auch gelang es Witzleben, die Berufung W. Humboldt's ins Ministerium zur Leitung der ständischen und Communalangelegenheiten durchzusetzen; der König wurde davon wenig berührt; die alte Weise des die Minister fast ausschließenden Verkehrs mit den Cabinetsrathen hatte wieder Platz gegriffen. In dem engeren Ausschuß der Verfassungs-Commission wurde Humboldt's Einfluß durch Schuckmann und Ancillon paralysirt; man gelangte zu keinen Abschlüssen; die Vertreter eines Polizeiabsolutismus, Wittgenstein und Genossen, wußten sich im vollsten Einklange mit Metternich. Die Karlsbader Beschlüsse, in Aachen bereits vorgesehen, vom Bundestage adoptirt, bildeten den Ausgang für ein System der polizeilichen Verfolgung traurigster Art. Es begannen die Auskundschaftung der „demagogischen Umtriebe“, die Thätigkeit des Ministers Kamptz und seiner Gehülfen, die Wirksamkeit der Centralvoruntersuchungscommission in Mainz, die Unterdrückung der Presse, die Maßregelung von Männern, wie Arndt, Welcker, Görres, Jahn, de Wette, die Knechtung der Universitäten, die Kriegführung gegen Studenten; der milde und gerechte Sinn des Königs war gleichsam sich selbst untreu geworden; eine klägliche Heimlichkeit hochmüthiger Verfolgungssucht überzog von Wien aus ganz Deutschland. — Die absolutistische Reaction vollzog sich indessen

in Preußen nicht ohne auf Widerstand zu stoßen. Innerhalb des Ministeriums erhob Humboldt seine Stimme; er wies darauf hin, daß die Karlsbader Beschlüsse in die Rechte der Einzelstaaten eingriffen; er forderte, daß Graf Bernstorff, der sie als preußischer Minister des Auswärtigen gezeichnet hatte, in Anklagezustand versetzt würde. Er einigte sich mit Beyme und Boyen; der letztere, der Gesetzgeber der Landwehr, wußte auch auf dem Gebiete seiner Verwaltung die Reaction thätig; der König war dazu bestimmt worden, die in der Landwehrordnung vorgesehenen Landwehrformationen in die Divisionen der Linie einzuordnen; das ursprüngliche mehr volksthümliche Princip erschien verlassen. Die drei Minister übergaben am 18. Oct. 1819 eine Memoire gegen die Karlsbader Beschlüsse; es erfolgte ihre Entlassung und zwar nicht allein aus ihren Stellungen im Staatsministerium, sondern auch aus denen im Staatsrathe. Auch Grolmann, Director im Boyenschen Ministerium, wurde verabschiedet. — Der Strenge dieser Maßnahme gegenüber mußte der Inhalt eines Edicts vom 17. Januar 1820 allgemein überraschen. Die Staatsschuld erhielt ihren Abschluß; neue Schulden sollten nur mit Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung gemacht werden; der König garantierte für sich und seine Nachfolger mit dem gesammten Vermögen des Staats die bestehenden Schulden und ihre Amortisation; der Staatsschuldenverwaltungsfond sollte durch die Reichsstände controlirt, der Staatshaushaltetat unter Verantwortung des Gesamtministeriums festgestellt und veröffentlicht werden. Auch die Steuergesetzgebung kam, nachdem man „Notabeln“ aus allen Ständen gehört hatte, unter Klewitz's und Maaßen's Leitung durch Edict vom 12. August zu befriedigendem Abschluß. Man mußte noch immer eine Mitbetheiligung der Nation an der Gesetzgebung ins Auge gefaßt glauben; die Staatszeitung brachte bezeichnend die Nachricht, daß die Arbeiten der Verfassungscommission, trotz Humboldt's Ausscheiden, ihren Fortgang hätten. — Die deutsche und die auswärtige Politik Preußens ließen freilich keine Täuschung über den Fortschritt der Reaction zu. Innerhalb des Bundes hatte eine Territorialcommission alle Grenzfragen Mitte Juli 1819 erledigt; preußischer Seits war am 4. Mai 1818 die Erklärung abgegeben, daß es mit allen Provinzen unter alleiniger Ausschließung von (Ost- und West-) Preußen und von Posen dem Bunde beiträt; die Erwägung, ob man nicht auch Schlesien und die Lausitz dem Anschluß fern halten und sich somit entschiedener als europäische Macht hinstellen wollte, war unter Witzlebens Einfluß beseitigt worden. Im übrigen war die österreichische Leitung wesentlich bestimmend; die auf einem neuen Ministercongreß am 15. Mai 1820 zu Stande gebrachte Wiener Schlußacte drückte die Bundesverfassung noch unter das bis dahin anerkannte Maß nationaldeutscher Färbung herab; die Einzelstaaten wurden mit ihrer inneren Entwicklung unter zurückhaltende Controle gestellt. Es folgte der Congreß von Troppau. Die Sectenverschwörungen und Militäraufstände in Neapel und Spanien fanden bei allen Mächten entschiedene Verwerfung; man war nur darüber verschiedener Meinung, ob ein Einschreiten zu ihrer Unterdrückung geboten sei. Die Monarchen der heiligen Allianz, die sich persönlich eingestellt hatten, nahmen in einer Sondererklärung nicht allein Stellung gegen die Revolution, sondern überhaupt gegen jedes Selbstbestimmungsrecht der Nationen; Englands Verwahrung beirrte sie nicht. Der König von Neapel, der Gewalt der Factionen erlegen, wurde nach Laibach beschieden; ein neuer Congreß wollte ihn dort empfangen. Die beiden Kaiser erschienen auch daselbst; F. W. ließ sich durch

Hardenberg und Bernstorff vertreten; gleich lautende Noten decretirten die Anwendung von Waffengewalt zur Wiederherstellung der früheren Zustände. Eine österreichische Armee machte sich zum Herrn des Königreichs; die in Piemont zum Ausbruch kommende Revolte bewog Alexander, den Anmarsch auch russischer Truppen zu beordern; nur die rasche Niederwerfung der Aufständischen durch treu gebliebene Kräfte sistirte die Maßnahme; die drei Ostmächte erklärten gemeinsam die dauernde Besetzung der beiden italienischen Staaten durch österreichische Truppen für nothwendig. — Bis dahin war die europäische Reaction getragen von der heiligen Allianz überall siegreich gewesen; Spanien und der Türkei gegenüber wurden die Verhältnisse verwickelter: die geographische Lage des ersteren gab Frankreich eine vorwiegende Bedeutung; es bot sich ihm die Gelegenheit, seine Machtstellung zu regeneriren. In der Türkei mußten Sympathie und politisches Interesse Rußland auf die Seite der aufständischen Slaven und Griechen drängen; schon gleich nach Abschluß des Laibacher Congresses hatte Alexander die Frage an die Höfe gerichtet, welche Haltung sie einem Kriege zwischen Rußland und der Türkei gegenüber beobachten würden. Metternich erstrebte von neuem eine gemeinsame Regelung; Ministerverhandlungen in Wien führten zum letzten der Monarchencongresse; er begann Ende September 1822 zu Verona. — In Bezug auf Spanien war der preußische Gesandte dafür, das Land seinem Revolutionsfieber zu überlassen; indessen österreichischer und russischer Einfluß überwogen; sehr ernste Noten wurden von den Ostmächten abgefaßt, dann trotz des englischen Einspruches übergeben; Frankreich unterstützte sie, nachdem es Anfangs gezögert. Spanien erwiderte abweisend, Englands Vermittlung schlug fehl; die Kriegserklärung Spaniens gegen Frankreich eröffnete dem Herzog von Angoulême den Weg zu raschen Erfolgen. Die vollständige Wiederherstellung des bourbonischen Absolutismus in Spanien stärkte sowol das legitime Regime in Frankreich, wie dieses selbst in seiner allgemeinen politischen Bedeutung. — In der türkischen Frage glaubte man, nachdem Lord Strangford in Constantinopel Zusagen erhalten und Alexander Mäßigung gezeigt, die Gefahr eines Conflicts beseitigt. —

F. W. hatte mit seinem Aufenthalte in Verona eine Reise durch Italien bis Neapel hin verbunden. In Rom war es kurz vorher Niebuhr gelungen gewesen, das Verhältniß Preußens zur Curie fest zu regeln; die Bulle de salute animarum (durch den König sanctionirt unterm 23. August 1821) hatte die Diöcesen neu abgegrenzt, für die Wahl der Bischöfe und die Dotation der Kirche festen Anhalt gegeben. Auf beiden Seiten war man zufrieden; Pius VII. war dankbar für die Art, wie Preußen die Unterhandlung geführt hatte; dieses wiederum hoffte alle Conflicte des protestantischen Staats mit seinen katholischen Unterthanen enthoben zu sein, ohne deshalb das kirchliche Gesetzgebungsrecht der Curie anerkannt zu haben. Um so angenehmer waren die persönlichen Berührungen, die der König fand; dazu kam, daß seinem Interesse für Kunst reiche Nahrung wurde; auch die Begegnung mit Bunsen, dessen Ansichten in der Agendenfrage ihm zusagten, war ihm von großen Werth. — Außerordentlich befriedigt kehrte er nach Berlin zurück, doch hatte ihn die Nachricht von dem in Genua am 27. November erfolgten Tode Hardenberg's in Neapel ereilt. Er fühlte den Verlust, es fehlte an einem Ersatz; zunächst wurde Voß mit den Geschäften beauftragt, er war der Entwicklung eines ständisch-aristokratischen Regiments zugeneigt; als er nach wenigen Wochen starb, blieb die Stellung unbesetzt;

waren doch dem Könige unabhängige Persönlichkeiten, wie W. Humboldt, die einheitlich und bestimmend hätten leiten können, unsympathisch und jetzt auch nicht mehr durch die Lage des Staats aufzunöthigen. Alles bewegte sich in geebneten Gleisen; selbst in war die Zeit gekommen, in der der König glaubte, sein verpfändetes Wort einlösen zu können, ohne dem fast verklungenen Andringen „erregter Köpfe“ nachgeben zu müssen. Eine neue Immediatcommission war 1821 unter Vorsitz des Kronprinzen zur Berathung der einschlagenden Verhältnisse gebildet worden; Wittgenstein, Schuckmann, Voß, Ancillon, Albrecht, Vincke und Schönberg waren die Mitglieder. Ihr Entwurf erhielt als Gesetz über die Anordnung der Provinzialstände am 5. Juni 1823 die königliche Bestätigung; es blieb weiteren Bestimmungen vorbehalten, wann eine Zusammenberufung allgemeiner Landstände erforderlich sein würde und wie sie dann aus den Provinzialständen hervorgehen sollten. Von Landesrepräsentanten und von einer Verfassung war vollständig abgesehen; die Provinzialstände sollten die gesetzmäßigen Organe der verschiedenen Stände in jeder Provinz sein, ausschließlich berathende Berechtigung haben und nur in Communalangelegenheiten vorbehaltlich königlicher Genehmigung beschließen dürfen; auch Bitten und Beschwerden durften nur berathen werden, wenn sie das specielle Wohl der Provinz betrafen; die Wählbarkeit war an ein Alter von 30 Jahren und an 10jährigen Besitz von Grundeigenthum geknüpft; nur alle zwei Jahre sollten Sessionen statthaben. Und selbst vor der Lebensäußerung dieser embryonisch bemessenen Vertretung schien jetzt der bureaukratische Absolutismus des Königs auch Besorgniß zu haben. Es vergingen Jahre, bevor die Stände berufen wurden; in Rheinland und Westfalen traten sie 1826, in Schlesien und Sachsen 1827 zusammen; Posen blieb ohne sie bis 1832. Indessen geschah auf anderen Gebieten unter des Königs stets bereiter Fürsorge außerordentlich viel für das Erlühen des Landes. Altensteins Verwaltung förderte Wissenschaft und Unterricht in allen Bevölkerungsclassen; an den Universitäten, zu deren Zahl 1812 Breslau, 1818 Bonn hinzugetreten waren, lehrten die ausgezeichnetsten Kräfte Deutschlands; zahlreiche Kirchengemeinden evangelischer Confession wurden unterstützt; die Kunst fand ihre Pflegstätten in Berlin und Düsseldorf; Schadow, Rauch, Schinkel sammelten zahlreiche Schüler um sich; Beuth's Walten schuf einen nie gekannten Gewerbefleiß; unter Thaer's Einfluß gedieh die Landwirthschaft; Pracht- und Kirchenbauten, Denkmale, den Helden der letzten Jahre geweiht, erstanden. Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten entlasteten die Schifffahrt auf den Flüssen; das berühmte Gesetz vom 26. Mai 1818 hatte sich im Princip für Handelsfreiheit erklärt; eine verbessernde Revision brachte der 25. Oct. 1821; die preußische Schifffahrtsacte vom 20. Juni 1822 wurde selbst für England zum Muster. Die Münzwährung wurde 1821 geregelt; die Gemeinheitstheilungs-Ordnung wurde erlassen; das Postwesen wurde neu organisirt, der Chausseebau mächtig gefördert; ritterschaftliche Hypothekenbanken entstanden; Handelsverträge wurden mit England 1824, mit Rußland 1825 abgeschlossen; die Dampfschifffahrt auf dem Rheine begann; großartige Festungswerke sicherten die Vertheidigungslinien des Landes. — Eine große Bedeutung gewann die 1825 erfolgende Ernennung von Motz zum Finanzminister; es war endlich gelungen, das Deficit aus dem Staatshaushalte zu entfernen; die geniale Kraft des neuen Ministers vereinfachte den Verwaltungsmechanismus und des Kassenwesens, entwickelte den Finanzcredit, besserte den Steuertarif, schaffte den Verkehr erleichternde

Vereinbarungen mit den deutschen Staaten; es wurde ihr möglich, die große Finanzkrise von 1826, verbunden mit bedeutenden Einnahme-Ausfällen für den Staat und mit dem Concurs einer Reihe größerer Bankierhäuser in Berlin glücklich zu überwinden. — So gelangte denn F. W. mehr und mehr zu dem seiner Eigenthümlichkeit entsprechenden ruhigen Verlauf einer immerhin Gedeihen spendenden Regierung. Ein Beschluß der Bundesversammlung vom 19. Aug. 1824 hatte angeordnet, daß „in allen Bundesstaaten, in denen landständische Verfassungen bestehen“, die Erhaltung des monarchischen Princips bundesseitig überwacht werde, daß die Universitäten dauernd controlirt werden sollten und daß das strenge Bundes-Preßgesetz von 1819 noch über den ursprünglich ins Auge gefaßten Termin in Kraft bleibe; Unliebsames konnte somit nirgends laut werden. Zudem bezeugte das Ausland allseitig der calmirenden Würde des Königs Anerkennung und Achtung; sein sparsamer Sinn und seine persönliche Bedürfnißlosigkeit stellten ihm große Summen zur Verfügung, um zu eigener Freude wohlzuthun und Gemeinnütziges zu unterstützen. Nach der Vermählung seiner Töchter hatte er sich am 9. Novbr. 1824 mit einer Gräfin Harrach als Fürstin Liegnitz morganatisch verbunden; treu ergeben pflegte sie ihn, als ein am 14. Dec. 1826 erlittener Beinbruch ein anhaltendes Krankenlager zur Folge hatte. Von seinen Söhnen hatte sich der Kronprinz schon 1823 mit einer baierischen Prinzeß vermählt; der König versäumte nichts, um ihn von allen Regierungsgeschäften Einsicht nehmen zu lassen; einen vorwiegenden Einfluß gestattete er ihm nicht. Der Tod des Kaisers Alexander am 1. Decbr. 1825, die Petersburger Militärrevolte und die Thronbesteigung seines Schwiegersohnes Nikolaus hatten F. W. ungewöhnlich lebhaft beschäftigt; die Convertirung des Herzogs von Anhalt-Köthen und dessen Gemahlin, seiner Halbschwester (einer Gräfin Brandenburg), fand seinen entschiedensten Tadel; im übrigen hielt er sich größern Emotionen fern.

Dem Kampfe der Griechen gegenüber blieb er wesentlich gleichgültig, die Staatszeitung hatte denselben 1821 officiell verurtheilen müssen. Als dann später Canning an Castlereagh's Stelle wärmer für ihn eintrat, als Alexander 1824 bestimmtere Forderungen zu Gunsten der Griechen hatte laut werden lassen; als mit dem Erscheinen der Egypter auf dem Kriegsschauplatze die öffentliche Meinung energischer gegen die Türkei Partei ergriff, der Philhellenismus größere Ausdehnung gewann, konnte sich der König freilich der Beschickung der in Petersburg 1824 und 25 zusammentretenden Conferenzen nicht entziehen. Er hatte indessen seine politische Mitwirkung immer an die Einmüthigkeit aller fünf Mächte geknüpft; nun war aber der von den Griechen an England ergangene Ruf um Vermittlung im April 1826 zum Ausgang einer separaten Einigung zwischen Nesselrode und Wellington genommen, und zum ersten Male seit dem Pariser Frieden erschien die Erledigung einer großen europäischen Frage Seitens einzelner, sich von der Gemeinsamkeit abtrennender Mächte in Aussicht. Zudem brach der Fall Misolongi's auch in Berlin das Eis; des Königs eigener Leibarzt, Hufeland, stellte sich an die Spitze der für die Griechen Sammelnden; alle Mitglieder des Königshauses zeichneten Beiträge. F. W. wurde eingehender gestimmt; wich aber auch dann nur wenig von dem früheren Standpunkte. Als die Vermittlung der beiden Protocollmächte 1827 wirklich eintrat, hielt er sich fern von den Störungsversuchen Metternichs, widerstand aber auch der Versuchung, sich

einem Schritte anzuschließen, der nicht alle Mächte für sich hatte; er blieb mit Oesterreich zurück, als England, Rußland und Frankreich sich im Verträge vom 6. Juli 1827 verpflichteten, von der Pforte die Einstellung der Feindseligkeiten und die Annahme ihrer Vermittlung zu fordern. — Die Türkei lehnte jede Verhandlung ab; ein überaus lebhaftes Spiel der Diplomatie begann. F. W. stand demselben farblos gegenüber; er versagte dem drängenden Tochtermanne ausdrücklich die Betheiligung beim Einschreiten gegen die Pforte, mahnte aber doch auf Grund der Berichte des Gesandten in London (Bülow's) in gewichtiger Circulardepesche bestimmt zur Aufrechterhaltung der bedrohlichen Einigkeit der Protocollmächte. Am 26. April 1828 kam es nach bedeutungsvollen Zwischenfällen zur förmlichen Kriegserklärung Rußlands gegen die Türkei, während Frankreich Morea besetzte und die Flotten der drei Mächte im Mittelmeere vereinigt blieben und nicht Krieg führten. — Der König erfuhr durch den im russischen Hauptquartier anwesenden General Nostiz, wie wenig die Erfolge des Feldzugs 1828 den Erwartungen entsprachen; er ermaß danach, wie sehr die erneueten Bemühungen Metternich's, England und Frankreich zu bestimmen, mit Oesterreich gemeinsam den Frieden zu dictiren, Rußland beengten. Noch ein Mal bestimmte er die ersteren beiden zum Verharren in ihrem Vertragsverhältniß, gewann aber zugleich von Rußland die Zustimmung, daß die Gesandten jener, nachdem eine Einigung über die Zukunft Griechenlands erzielt war, nach Constantinopel zurückkehrten. Nikolaus war bei Gelegenheit der Vermählung des Prinzen Wilhelm in Berlin gewesen, hatte dort den Wunsch nach Frieden laut werden lassen. F. W. hatte Müffling nach Constantinopel entsandt; er gewann der Pforte, als 1829 das Ueberschreiten des Balkans durch Diebitsch und der Fall Adrianopels ihren Muth gebrochen hatten, die Zusage, den Frieden nachsuchen zu wollen; die russischen Bedingungen erschienen zu hart; man erbat sich die Intervention des preußischen Gesandten Royer; auf seine Einwirkung wurde am 14. September abgeschlossen. Rußland verdankte wesentlich F. W. das im Orient erlangte Uebergewicht. Es schritt dazu, dasselbe schrankenlos auszunutzen; ein Versuch, den der König auf Veranlassung Englands in Petersburg machte, die Türkei unter die gemeinsame Garantie der Mächte zu stellen, schlug fehl; man trug sich mit großen Plänen, für welche das Einverständniß Frankreichs zu erlangen nicht schwer schien; es bedurfte der entschiedenen Weigerung Friedrich Wilhelms, in Ländervertauschungen zu willigen, wenn eine Machtverschiebung in Europa schon bei den einleitenden Schritten scheiterte. Das Schlußprotocoll, welches Griechenlands Unabhängigkeit decretirte, wurde am 3. Febr. 1830 gezeichnet. —

Schon waren neue, Preußen näher berührende Verwicklungen zu Tage getreten. Die Pariser Revolution hatte die Bourbonen vertrieben; Graf Lobau|erschien Ende August in Berlin als Abgesandter des neuen Königs der Franzosen; F. W. empfing ihn freundlich; Louis Philipps Haltung schien Garantien gegen weitere Fortschritte der revolutionären Bewegung zu bieten. Dennoch verstärkte der König die Truppen am Rhein und ernannte seinen Bruder Wilhelm zum Generalgouverneur von Rheinland und Westfalen. Die belgische Revolution im August, die Unabhängigkeitserklärung des belgischen National-Congresses vom 24. November, die Ereignisse in der Schweiz und in einzelnen Theilen Deutschlands machten die allgemeine Lage zu einer gespannteren. Auf der einen Seite erklärte Frankreich, es werde das

bewaffnete Einschreiten in Belgien als eine Kriegserklärung ansehen, auf der andern drängte Nikolaus zur Intervention. Der Ausbruch des Warschauer Aufstandes und seine rasche Verbreitung paralysirten freilich die russischen Tendenzen, aber es bedurfte der ganzen Mäßigung und Friedensliebe Friedrich Wilhelms, um Preußen während der steten Wirren der Jahre 1830—32 vor ernstesten Krisen zu bewahren und die allgemeinen europäischen Zustände zur Consolidirung gelangen zu lassen. Den König unterstützte dabei der Umstand, daß Preußen selbst von inneren Bewegungen unberührt blieb. Man war mit der unumschränkten aber wohlwollenden und aufgeklärten Regierung durchgängig zufrieden; die Stimmung wurde kaum durch vereinzelt laut werdende, auf eine Constitution hingehende Wünsche beirrt. Wenn am 15. September W. Humboldt in den Staatsrath zurückberufen wurde, so war darin ebensowohl eine Beschwichtigungsmaßregel zu erkennen, wie ein Beweis, daß sich die preußische Restaurationspolitik zu einer gleichmäßigen Haltung hindurchgefunden hatte. — In der belgisch-holländischen Frage empfand F. W. an sich die lebhaftesten Sympathien für seinen Schwager, den König von Holland; indessen von einer directen Hülfe, die gewünscht wurde, nahm F. W. Abstand. Er beschickte die Londoner Conferenz, auf der er wesentlich geeint mit Rußland und Oesterreich zu Gunsten der Rechte Hollands und des deutschen Bundes wirkte, aber doch gern die Abneigung der englischen Regierung und Louis Philipps gegen weiter gehende Verwicklungen acceptirte und gestützt darauf, sich zu Concessionen geneigt bezeigte. Im Conferenzprotocolle vom 20. Decbr. 1830 erkannte er die belgische Unabhängigkeit an; auch konnten ihn die Zwangsmaßregeln, die gegen Holland im November 1832 mit einer Blockade der Schelde und der Küste durch eine englisch-französische Flotte und sodann mit einer Belagerung Antwerpens durch eine französische Armee geübt wurden, nicht dazu bewegen, den einmal gefaßten Standpunkt aufzugeben. — Entschiedener nahm der König Partei der Insurrektion in russisch Polen gegenüber; sie bedrohte unmittelbar auch die preußische Herrschaft in den angrenzenden Landestheilen. Vier Armeecorps unter Gneisenau und nach dessen Tode unter Knesebeck besetzten die polnisch-preußische Grenze, die russischen Armeen wurden über Preußen verproviantirt, ihrer Ueberschreitung der Weichsel zunächst der Grenze wurde die möglichste Erleichterung geboten; die zahlreichen preußischen nach Polen übergetretenen Staatsangehörigen sahen sich mit der Confiscation ihrer Güter und mit der Aburtheilung als Deserteure bedroht. Nach der Einnahme Warschaws durch die Russen erfolgte dann preußischer Seits eine allgegemeine Amnestie, doch blieben die damit zum Abschluß gebrachten Vorgänge dauernd von Einfluß auf die in den polnischen Provinzen verfolgten Verwaltungsprincipien; eine raschere Germanisirung wurde angestrebt. — Der Intervention Oesterreichs in Italien, zunächst hervorgerufen durch die Aufstände des Februars 1831 in Modena, Bologna und Parma, dann abermals durch die Unruhen im Kirchenstaate 1832 lieh F. W. nur moralischen Rückhalt. In der Schweiz, mit welcher Verwicklungen drohten, nachdem in Neuenburg der preußische Gouverneur Pfuel ohne Schwierigkeit den Aufstand niedergeworfen|hatte, ermöglichte der König durch vermittelnde Haltung eine baldige Ausgleichung; der Canton blieb im Verbande der Eidgenossenschaft. — Auch in Deutschland hielt F. W. zunächst sich sowol direct wie am Bundestage von Eingriffen fern, zu denen die Umgestaltungen in einer größeren Zahl von Einzelstaaten hätten die Veranlassung bieten können. So blieb des Herzogs

Karl von Braunschweig Ansuchen, zu seinen Gunsten in die Händel mit seinen Ständen und sodann mit seinem Vormunde Georg von England-Hannover und dessen Minister, Grafen Münster einzutreten, unberücksichtigt; der Herzog Wilhelm trat nach der ersten Vertreibung mit des Königs Zustimmung die Regierung an. Auch in Kurhessen fand der Kurfürst keine Unterstützung; F. W. ließ es zu, daß der Kurprinz zum Mitregenten bestellt und daß eine sehr freisinnige Verfassung vom 5. Januar 1831 eingeführt wurde. — Erst als die allgemeine Bewegung ihre acute Energie verloren hatte, wandte sich der König von neuem einer ernsthaften Reaction zu; die Ueberwachung jeder politischen Volksbewegung wurde wiederum das Maßgebende; der Einklang mit den Tendenzen Metternichs ward hergestellt. Das Hambacher Fest 1832 und das Frankfurter Attentat 1833 gaben Veranlassung zu tiefgreifender Repression; die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni und vom 5. Juli 1832, über welche sich Preußen und Oesterreich im Voraus geeinigt hatten und die im September und October für Preußen Gesetzeskraft erhielten, boten zur Bekämpfung des Liberalismus den kräftigsten Rückhalt des Bundes; eine neue Central-Untersuchungscommission wurde nach Frankfurt berufen; die Verfolgung der Demagogen, der Krieg gegen Presse, gegen Vereine und Versammlungen lebte wieder auf. Im weiteren Verlauf wandten sich die in Wien gefaßten geheimen Conferenzbeschlüsse von 1834 direct gegen die bereits bestehenden einzelnen Repräsentativverfassungen und erklärten sich gegen die in ihnen den Ständen zugesprochenen Befugnisse. — Dabei fuhr der König in Preußen selbst fort, eine tüchtige Verwaltung als das beste Mittel gegen alle Revolution zu handhaben. Die revidirte Städteordnung von 17. März 1831, die für alle die Stadtgemeinden bestimmt war, welche die von 1808 nicht eingeführt hatten, trug freilich ein engeres Kleid als diese; der Magistrat und die Controle durch die Staatsbehörde waren mehr herausgehoben. Auch empfand man es, daß, als verschiedene Landeskalamitäten, wie die gewaltigen Ueberschwemmungen der Weichsel 1829, dann die militärischen Concentrungen im Westen und Osten, endlich der Uebertritt der polnischen Insurgenten zu sehr erheblichen außerordentlichen Geldaufwendungen geführt hatten und eine Anleihe nothwendig machten, das Gesetz vom 17. Jan. 1820 umgangen wurde und thatsächlich im Widerspruch mit demselben die Seehandlung ein Prämiengeschäft im Betrage von 12 Millionen Thalern negociirte. Indessen die muthige persönliche Haltung Friedrich Wilhelms während der ersten, trotz der Absperrungsmaßregeln eingeschleppten und außerordentlich allarmirenden Choleraepidemie für Berlin, von Anfangs September 1831 bis Mitte Januar 1832, war durchaus geeignet, die Nation dem Könige enge zu verbinden. Nun aber erfolgte am 22. März 1833 der Abschluß des ersten großen Hauptvertrages, durch welchen der Zollverein begründet war. Die Vorschübung der materiellen Interessen bildete für alle dem allgemeinen Wohl zugewendeten Bestrebungen die wirksamste Ableitung von unbequemer Bethätigung. — Einleitende Maßnahmen zu Gunsten eines Zollvereins beginnen schon früh; sie sind erkennbar in Verträgen, die bezüglich einzelner Enklaven, sodann 1832 mit Sachsen und mit den thüringischen Staaten zu Stande kamen; im October 1832 hatte der preußische Bundestagsgesandte eine Erklärung bezüglich der Herbeiführung möglichst großer Handelsfreiheit beim Bundestage abgegeben, jetzt gelang es Maaßen der nach dem 1830 erfolgten Tode von Motz Finanzminister geworden, und Eichhorn, Director im Ministerium des Auswärtigen jenen Hauptvertrag zwischen Preußen, Kurhessen und Hessen-

Darmstadt einerseits und Baiern und Württemberg andererseits zu Stande zu bringen; am 30. März trat Sachsen bei, am 10. Mai folgten die thüringischen Bundesstaaten; sehr wichtig wurde der 1835 vollzogene Beitritt von Nassau und Baden, sowie 1836 der von Frankfurt. Maaßen erlebte den letzteren nicht mehr; er starb 1835; der König beschied Alvensleben zu seinem Nachfolger. — Auch auf anderen Gebieten wurde das Jahr 1833 für Preußen von großer Bedeutung. Mühlner war an Kirchens Stelle Minister der Justiz geworden, er wirkte mit großem Ernst für Erleichterung der Rechtspflege; am 1. Juni erschien das Gesetz über den Mandats-, summarischen und Bagatell-Prozeß; es wurde Bahn brechend für das mündliche Gerichtsverfahren in Preußen. — Ferner unterlag die Heeresorganisation wesentlichen Veränderungen; es hatte sich eine stärkere regelmäßige Controlirung des stehenden Heeres als nothwendig erwiesen; der Bestand der Landwehr litt in seinem inneren Gefüge unter der großen Zahl von Mannschaften, die nur in einer 4—6 wöchentlichen Uebung Ausbildung und militärische Gewöhnung erhalten hatten. Nach langen Berathungen entschloß sich der König dazu, die Dienstzeit bei der Infanterie nicht gesetzlich, wol aber thatsächlich von einer dreijährigen auf eine zweijährige herabzusetzen; die jährliche Aushebung erhöhte sich damit um ein bedeutendes, dagegen wurde von der Einziehung jener Landwehrrekruten vollständig abgesehen; das Princip der allgemeinen Wehrpflicht war damit zu einer weiteren Phase in seiner Entwicklung gelangt. Die äußere Politik gedieh mittlerweile zu einer bestimmten und zugleich ruhigeren Färbung. Die Julirevolution hatte Oesterreich seiner Isolirung entzogen; die Mächte der heiligen Allianz waren wieder enger zu einander geführt. Die Zusammenkunft Friedrich Wilhelms mit den beiden Kaisern in Münchengrätz 1833, die Wiederholung derselben in Teplitz 1835 förderten in diesem Sinne; das Lustlager bei Kalisch 1835 sollte die engste Verbrüderung der russischen und preußischen Armee darstellen. Der Gegensatz zwischen den die Legitimität vertretenden Nordmächten einerseits und England und Frankreich andererseits gelangte zum Ausdruck; die letzteren hatten mit den Repräsentativ-Regierungen in Spanien und Portugal die Quadrupelallianz geschlossen. Die chauvinistischen Tendenzen Ludwig Philipps, die fortdauernd bei den deutschen Mittelstaaten Anknüpfungen suchten, hatten eine stete Ueberwachung verlangt; das Vergebliche der Bemühungen, das namentlich die Haltung Baierns dargethan, mußte die französische Intrigue erlahmen lassen. — Die Vorgänge auf der pyrenäischen Halbinsel, wenn sie auch des Königs legitimistische Sympathien nicht angenehm berührten, vermochten doch nicht, ihn zu realen Kundgebungen zu Gunsten der Kronprätendenten zu bewegen. Die Differenzen Belgiens mit dem deutschen Bunde wegen Luxemburgs, welche 1834 eine größere Schärfe anzunehmen drohten, wurden bald ausgeglichen; die Londoner Conferenz vertagte sich endlich, der Bund nahm 1836 die 24 Artikel und damit die Vertauschung eines Theils von Luxemburg gegen Limburg an; es schien nur noch die Zustimmung Hollands zu fehlen, um vollständig geordnete Verhältnisse hergestellt zu sehen. 1836 empfing F. W. die beiden ältesten Söhne Louis Philipps in Berlin mit auszeichnender Freundlichkeit; er begünstigte persönlich die 1837 zur Vollziehung gelangende Vermählung des Herzogs von Orleans mit der Herzogin Helene von Mecklenburg. Der König empfand von außen her nur Befriedigung. Dagegen begann im Innern Preußens ein Conflict, der seine letzten Lebensjahre sehr empfindlich trübte. Die gemischten Ehen waren schon 1825 Gegenstand von Verhandlungen mit

dem päpstlichen Stuhle; ein Breve Pius VIII. vom 25. März 1830 sollte die Verhältnisse regeln; der König hatte gezögert dasselbe anzuerkennen; erst nachdem man 1834 auf Grund von directen Verhandlungen mit dem Erzbischof von Köln, Freih. von Spiegel, zum Abschluß einer erläuternden Convention gelangt war, die auch die Zustimmung der anderen Bischöfe gefunden, glaubte er das königliche Placet ertheilen zu können. Entgegenwirkende Einflüsse in Rom waren daran Schuld, daß jene Convention ohne Zustimmung des Papstes blieb. Als nach dem Tode Spiegels 1835 der Freiherr Droste von Vischering in dessen Stelle als Erzbischof von Köln inthronisirt war, trat derselbe, nachdem er schon vorher gelegentlich der Bekämpfung des Hermesianismus jede Berechtigung des Staates in kirchlichen Dingen zurückgewiesen hatte, im September 1837 mit der Erklärung hervor, er könne die katholische Trauung gemischter Ehen nie ohne das Versprechen gestatten, daß die Erziehung der Kinder in der katholischen Confession stattfinde. Es war dies ein Widerspruch mit jener Convention, die zu adoptiren der Erzbischof vor seiner Erwählung zugesagt hatte. Verhandlungen Bunsens, des nach Berlin berufenen Gesandten bei der Curie mit dem Delegirten derselben Capaccini schienen ausgleichenden Erfolg zu versprechen; als aber der Erzbischof weder von seiner Erklärung noch von seinem Vorgehen gegen die Hermesianer resp. die theologische Facultät in Bonn zurücktreten, auch nicht freiwillig seine Amtshandlungen einstellen wollte, sogar dazu überging die Bevölkerung in den Streit zu ziehen, befahl der König im November 1837 seine Verhaftung; er wurde nach Minden abgeführt. Der erneuerte Versuch Bunsens die Curie zu versöhnlichen Maßnahmen zu bestimmen, scheiterte an einer scharf gehaltenen Allocution des Papstes und an der Forderung desselben, vor allem Weitem den Erzbischof wieder einzusetzen. Der Gesandte mußte seinen Posten aufgeben. — Dem Beispiel Droste-Vischerings folgte der Erzbischof von Gnesen und Posen, v. Dunin; auch er untersagte 1838 die unbedingte Einsegnung gemischter Ehen; eine Criminaluntersuchung wurde eingeleitet; als er dann nach ausgesprochener Verurtheilung Berlin, wohin ihn der König beschieden hatte, verließ, erfolgte auch seine Verhaftung und seine Abführung nach Coblenz. In Schlesien kam es gleichfalls mit dem Bischof Knauer zu Verwickelungen. Es war F. W. nicht beschieden, eine Lösung zu finden, geeignet die tiefe Erregung, welche den katholischen Theil seiner Unterthanen erfaßt hatte, zu beruhigen. Erst der Sohn und Nachfolger nahm die Verhandlungen mit Rom wieder auf und erreichte eine Ausgleichung unter Zugeständnissen, zu denen der von der Vollberechtigung des Staats durchdrungene Vater sich nie verstanden haben würde. — Mit den erwähnten Wirren fielen der Zeit nach die 1837 in Hannover nach der Thronbesteigung Ernst Augusts anhebenden Verfassungsstreitigkeiten zusammen; sie verletzten das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes weit über die Grenzen des betreffenden Bundesstaats hinaus. F. W. stellte sich in seinem directen Einflusse sowol wie am Bundestag auf die Seite Ernst Augusts, der seit 1815 vorherrschend in Berlin lebend und dem Könige verschwägert, denselben ganz besonders durch seine Vorliebe für das preußische Heewesen gewonnen hatte. Auch die belgische Frage trat nochmals beunruhigend in den Vordergrund. Der König der Niederlande hatte sich am 14. März 1838 endlich entschlossen, dem Vertrage der 24 Artikel zuzustimmen; dagegen weigerte sich Belgien die Räumung Limburgs und des betreffenden Theiles von Luxemburg zu veranlassen; von beiden Seiten wurde gerüstet, Frankreich zog Truppen zusammen. Vergebens gewährte die Londoner Conferenz Belgien im

Finanzpunkte günstigere Bedingungen; es wurde nur noch eifriger in seinen Maßnahmen und berief den Polen Skrzynecki in sein Heer. Die Gesandten Oesterreichs und Preußens protestirten und verließen Brüssel: erst nach erneuter einmüthiger Mahnung der Großmächte gab die belgische Regierung nach; am 19. April 1839 erfolgte die allgemeine Unterzeichnung des definitiven Friedensvertrages. — F. W. hatte an dieser abschließenden Erledigung sichtlich Freude gehabt. Die Zunahme seines Alters wurde mehr und mehr fühlbar. Er bildete gleichsam als Patriarch den Mittelpunkt einer zahlreichen, mehrfach gegliederten Familie; die Beziehungen mit den verheiratheten Töchtern und deren Gatten wurden durch deren Besuche in Berlin lebendig erhalten; der mit jedem Sommer wiederkehrende längere Aufenthalt in Bad Teplitz und die Reisen zu den Manövers der Truppen gehörten zu den wenigen Unterbrechungen des zu großer Einfachheit und Regelmäßigkeit gestalteten Lebens. Eine Reihe von Personen, die F. W. besonders nahegestanden hatten, waren ihm im Verlauf der letzten Jahre durch den Tod entrissen; 1835 starb der vorzugsweise werthgehaltene geheime Cabinetsrath Albrecht, 1837 folgten der Herzog Karl von Mecklenburg, Bruder der Königin Louise, sodann Witzleben und Ancillon; 1838 Beyme, 1839 der fast unentbehrliche Hofkämmerer Timm, endlich 1840 Altenstein. Des Königs rege Theilnahme galt nach wie vor dem Aufblühen seiner Hauptstadt, dem Gedeihen seiner dortigen Schöpfungen auf allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst; er blieb ein regelmäßiger Besucher des von ihm mit Vorliebe und Geschmack gepflegten Theaters und bewegte sich gern in prunklosen geselligen Kreisen; im Uebrigen fühlte er sich wie ermüdet auf der weit ausgedehnten Regentenlaufbahn. Den Verwicklungen, mit denen 1840 der Orient drohete, hielt er sich möglichst fern; er konnte für den beginnenden Eisenbahnbau kein Interesse fassen. Dagegen verfolgte er lebhaft die sich vorbereitende auf den 31. Mai 1840 fallende Säcularfeier des Regierungsantritts Friedrichs des Großen, und die in Berlin beabsichtigte Errichtung eines Standbildes für denselben. Die Grundsteinlegung sollte mit jener Feier verbunden sein; er konnte ihr, entkräftet wie er war, nicht mehr beiwohnen; sein Ende nahte rasch; nur wenige Tage noch und er verschied ohne bestimmt ausgesprochenes Leiden am 7. Juni in Mitten seiner Kinder. Er hatte sich ein Leben geschaffen voll Wechsel, zugleich aber auch voll treuer Arbeit innerhalb dieses Wechsels; selten ist ein Regent von seinem Volke so tief betrauert worden wie F. W. von dem seinigen. Er hinterließ aus seiner Ehe mit der Königin Louise 4 Söhne (die nachherigen Könige Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm, die Prinzen Karl und Albrecht), ferner 3 Töchter (die Gemahlinnen des Kaisers Nikolaus von Rußland, des Großherzogs Paul Friedrich von Mecklenburg-Schwerin und des Prinzen Friedrich der Niederlande). Die Ehe mit der ihn überlebenden Fürstin Liegnitz blieb ohne Nachkommenschaft.

Autor

v. Hartmann.

Empfohlene Zitierweise

, „Friedrich Wilhelm III.“, in: Allgemeine Deutsche Biographie (1878), S. [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
